



NAHRUNGSMITTELKRISE

Die Dritte Welt steht vor einer humanitären Katastrophe

• Biosprit, hoher Ölpreis, Spekulationen, Subventionen, etc. verschärfen das Problem des Hungers im Süden. Notwendig zu seiner Bekämpfung ist eine grundlegende Änderung des internationalen wirtschaftlichen und politischen Systems

SEITEN 6 UND 12

REFLEXIONEN FIDELS:

- Die zynische Politik des Imperiums
- Zwei hungrige Wölfe und ein Rotkäppchen

SEITEN 7 UND 16

Rentenerhöhungen für über 99% der Ruheständler

SEITE 2

AUSSENMINISTER PÉREZ ROQUE:

Die USA müssen sich zu den skandalösen Verbindungen zwischen Terroristen, US-Söldnern und Regierungsbeamten äußern

SEITE 5

Die Kultur soll zum integralen Bestandteil des Tourismus werden

• Mit der Internationalen Tourismusbörse Kuba 2008 setzt die Insel auf neue Schwerpunkte in der Fremdenverkehrswerbung

SEITE 11

Granma
INTERNACIONAL

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,
Plaza de la Revolución Jose Martí,
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699
Tel: 881-6265 / 881-7443
Zentrale: 881-3333 App. 23 und 381

E-MAIL:
informacion@granma.cip.cu

GENERALDIREKTOR
Lázaro Barredo Medina

CHEFREDAKTEUR
Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER
Miguel Comellas Dopico
Gustavo Becerra Estorino

PRODUKTIONSCHEF
Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS
Layout
Iván Terrero Alba
Tel. 881-6021

Deutsche Ausgabe
Hans-Werner Richert
Tel. 881-1679
e-mail: aleman@granma.cip.cu

Spanische Ausgabe
Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe
Angie Todd
Tel. 881-1679

Französische Ausgabe
Alain Metterie
Tel. 881-6054

Portugiesische Ausgabe
Sara San Emeterio
Tel. 881-6054

Italienische Ausgabe
M. U. Gioia Minuti
Tel. 832-5337 / 881-6265

Vertrieb und Abonnements
Omar Quevedo Acosta
Tel. 881-9821

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna Kuba

NACHDRUCK

Brasilien
Cooperativa de Trabalhadores em
Servicos Editoriais e Noticiosos Ltda.
Rua Regente Feijó 49 - 2o andar
CEP 20060. Rio de Janeiro
Tel/Fax: (021) 222-4069

Kanada
National Publications Centre
C.P. 521, Station C,
Montreal, QC H2L 4K4
Tel/Fax: (514) 522-5872

Argentina
Movimiento Cultural
Acercándonos
Buenos Aires
Tel.: (011) 4862-3286

WEBSITE INTERNET:
http://www.granma.cu

ISSN 1563 - 8286



Die Renten- und Sozialhilfestellungen betreffen 2.154.426 Personen und schlagen mit 809.900.000 Peso zu Buche

Die Revolutionäre Regierung beschließt die Erhöhung der Renten und Sozialhilfeleistungen

• Gehaltserhöhungen auch für die Angestellten der Gerichte und der Staatsanwaltschaft

• EIN unveränderliches Prinzip der Revolution ist die Erhöhung der Einkommen der Arbeiter und Rentner, begonnen bei denen, die am wenigsten erhalten, in der gerechten Absicht, die sozialen Ungleichheiten zu verringern und zu erreichen, daß jeder Bürger von seiner Arbeit bzw. seiner Rente lebt.

In diesem Zusammenhang beschloß die Revolutionäre Regierung, Renten und Sozialhilfeleistungen zu erhöhen, in Anerkennung von Millionen von Frauen und Männern, die einen großen Teil ihres Lebens der schöpferischen Arbeit und fast 50 Jahre dem Neuaufbau einer Gesellschaft gewidmet haben und noch heute standhaft unseren Sozialismus verteidigen, heißt es in einer Mitteilung, die in den wichtigsten Pressemedien des Landes erschien.

Gehaltserhöhungen erhalten auch die Angestellten der Gerichte und der Staatsanwaltschaft für ihre gewissenhafte Pflichterfüllung, ihre hohe Berufsethik, mit der sie Recht sprechen, für die Rolle, die sie bei der Bekämpfung von Vergehen, Disziplinlosigkeit und asozialem Verhalten spielen, und die auf die sozialistische Gesetzgebung gestützte Wahrung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit.

2005 gestatteten die wirtschaftlichen Bedingungen eine Anhebung der Bezüge für mehr als fünf Millionen Arbeiter, Empfänger von Renten, Pensionen und Sozialhilfeleistungen - ca. 50 Prozent der Bevölkerung - wozu mehr als 4,26 Milliarden Peso bereitgestellt wurden.

Bei dieser Gelegenheit wurde unserer Bevölkerung mitgeteilt, daß entsprechend der Möglichkeiten im Ergebnis fleißiger Arbeit, Einsparungen, Produktivitätssteigerungen und Effizienz,

die Löhne und Renten weiter ansteigen werden.

Die Erhöhungen werden nach Bereichen und Prioritäten nach vorheriger rigorosen Auswertung der ökonomischen und finanziellen Lage vorgenommen.

Gegenwärtig ist es wegen des Mangels an Ressourcen nicht möglich, die Löhne in allen Wirtschaftsbereichen anzuheben.

Die Erhöhungen treten ab Mai dieses Jahres in Kraft und gelten für alle Rentner, die Beträge bis zu 400 Peso erhalten, das sind mehr als 99 Prozent aller Rentnempfänger. Die Mindestrente steigt bei mehr als 20 Prozent von ihnen von 164 Peso auf 200 Peso. Empfänger von Beträgen in Höhe von 202 Peso bis 360 Peso erhalten 40 Peso mehr, und bei den Menschen, die zwischen 361 und 399 Peso bekamen, erhöht sich der Betrag auf 400 Peso.

Bei Familien, die Sozialhilfe erhalten, erhöht sich der Betrag pro Person um 25 Peso, so daß der Mindestbetrag von 122 Peso auf 147 Peso, d.h. um 20 Prozent, steigt.

Diese Erhöhungen kommen 2.154.426 Personen zugute und schlagen jährlich mit 809.900.000 Peso zu Buche.

Die Gehaltserhöhungen der Beschäftigten der obersten Gerichte und der Generalstaatsanwaltschaft der Republik betrifft ab Mai dieses Jahres 9.070 Personen, wobei im Durchschnitt generell 211 Peso mehr gezahlt werden, und im besonderen 425 Peso mehr für Richter und Staatsanwälte. Die Kosten dafür belaufen sich auf 27 Millionen Peso jährlich, wobei das Durchschnittsgehalt von 360 Peso auf 559 Peso steigt, d.h. um 55 Prozent.

Die Erhöhung der Renten, des Betrags der Sozialhilfe und der Gehälter für die Angestellten der Gerichte und der Staatsanwaltschaft betrifft insgesamt 2.163.496 Personen und kostet jährlich 837 Millionen Peso.

Internationale Organisationen informieren, daß es für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung keine Sozialversicherung gibt. In Kuba übernahm der Staat die Verantwortung dafür und stellt große Mengen an Mitteln zur Verfügung, um die gesamte Bevölkerung abzusichern und Menschen im Alter, bei Invalidität, Krankheit bzw. Mutterschaft Schutz zu bieten. Im Todesfall eines Arbeiters wird der Familie Unterstützung gewährt, und durch Sozialhilfe mittellose, alleinstehenden, alten Menschen sowie arbeitsunfähigen alleinstehenden Personen.

Den im Steuergesetz vorgesehenen Sondersteuerbetrag von fünf Prozent der Einnahmen zahlen nur die Beschäftigten der Unternehmen, die sich im Prozeß der Optimierung befinden sowie die Beschäftigten der Küstenfischerei.

Bei einer Lebenserwartung unserer Bevölkerung von mehr als 77 Jahren erlebt das Land einen Alterungsprozeß, weil sowohl die Geburtenrate als auch die Zahl der Todesfälle sinkt, so daß wir gute Gründe haben, uns veranlaßt zu fühlen, diese Errungenschaft zu unserer eigenen zu machen, damit alle Arbeiter, nicht nur die oben erwähnten, bescheiden zu diesem Budget beitragen.

Im Zuge der Erhöhungen wird sich der Beitrag zur Sozialversicherung bis zu fünf Prozent der Einnahmen auf alle betroffenen Beschäftigten erstrecken.

Die Lohn- und Rentenerhöhungen werden allmählich und nach Bereichen und Prioritäten differenziert gemäß den wirtschaftlichen Bedingungen des Landes fortgesetzt werden. Dafür, so schließt die Mitteilung, wird es unerlässlich sein, hart zu arbeiten, in der Überzeugung, daß wir nur durch Produktions- und Produktivitätssteigerung, durch größere Einsparungen und höhere Effizienz mehr haben werden. •



Neben Raúl, in der ersten Reihe (links), der erste Vizepräsident, José R. Machado Ventura. Rechts von ihm die Vizepräsidenten Revolutionskommandant Juan Almeida und Esteban Lazo

Die Kommunistische Partei Kubas wird Ende 2009 ihren 6. Parteitag durchführen

- Raúl rief dazu auf, die Rolle der Partei in der Gesellschaft zu stärken und die Institutionalisierung des Landes voranzutreiben
- Der Vizepräsident des Ministerrates, José R. Fernández Alvarez, wird verantwortlich für den Bereich Bildung
- Revolutionskommandant Ramiro Valdés Menéndez, Salvador Valdés Mesa und der General des Armeecorps, López Miera, wurden ins Politbüro gewählt

• UNTER Leitung des zweiten Sekretärs der Partei, Raúl Castro Ruz, traf am 28. April das Zentralkomitee zu seiner 6. Plenartagung zusammen, um Themen im Zusammenhang mit der Funktionstüchtigkeit der Organisation und andere, die Entwicklung des Landes und das komplizierte internationale Panorama betreffende Fragen zu analysieren.

Gegen Ende der Versammlung informierte Raúl, daß das Politbüro, die höchste Instanz der Partei, es als notwendig erachtet, den 6. Parteitag durchzuführen. In der Vormittagsitzung war beschlossen worden, dem Zentralkomitee als Termin Ende des nächsten Jahres vorzuschlagen, was im geeigneten Moment bestätigt werden wird.

DIE PARTEIARBEIT OPTIMIEREN; DIE INSTITUTIONALISIERUNG VORANTREIBEN

Es zeige sich, daß es notwendig und entscheidend sei, über starke Institutionen zu verfügen, betonte der zweite Sekretär

der Partei. Dabei läßt er sich von dem Gedanken leiten, daß man mehr Ordnung und Disziplin brauche, je größer die Schwierigkeiten sind, und deshalb sei es lebenswichtig, die Institutionalisierung voranzutreiben.

Die Partei müsse ihre Arbeit und Autorität den Massen gegenüber weiter verbessern, sagte er und versicherte: "Heute ist ein wichtiger Schritt in der Richtung getan worden, die Rolle der Partei als organisierte Avantgarde der kubanischen Nation zu festigen, damit sie den Herausforderungen der Zukunft besser gewachsen ist, und, wie Genosse Fidel gesagt hat, um die Kontinuität der Revolution zu gewährleisten, wenn ihre historischen Führer nicht mehr da sind."

Raúl gab seine Entscheidung bekannt, den Vizepräsidenten des Ministerrates, José Ramón Fernández Alvarez, mit der Leitung, Kontrolle und Koordinierung der Arbeit der Ministerien für Bildung und Hochschulbildung zu beauftragen, außerdem die des INDER (Nationalinstitut für Sport) und die Bildungsaktivitäten anderer Organe der zentralen Staatsverwaltung, einschließlich der militärischen Schulen und Universitäten. Nach Herausstellung der guten Qualitäten und guten Arbeitsergebnisse des Vizepräsidenten, sagte er: "Wir wünschen, daß sich viele von seinem Beispiel inspirieren lassen."

Die Produktion von Nahrungsmitteln ist eine der wichtigsten Aufgaben der Führungskräfte der Partei, betonte er, denn "sie ist eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit, die besonders von den ersten Sekretären der Gemeinden und Provinzen fordert, ihr die größte Unterstützung zu geben und sie nicht auf Papieren und Versammlungen zu kontrollieren, sondern direkt vor Ort und mit den Verantwortlichen der Produk-

tion darüber zu reden, wie die in der Landwirtschaft begonnenen Maßnahmen umgesetzt werden.

UMWANDLUNG DER TODESSTRAFE FÜR EINE GRUPPE VON HÄFTLINGEN

Abschließend informierte Raúl über den Beschluß des Staatsrats, die Todesstrafe für eine Gruppe von Häftlingen in lebenslänglichen Freiheitsentzug umzuwandeln. Davon ausgenommen sind jene, die vor der Aufnahme der lebenslänglichen Strafe in unser Strafgesetz ihr Vergehen begingen. Sie werden eine Haftstrafe von 30 Jahren erhalten.

Er erinnerte daran, daß seit 2000 die Politik verfolgt wurde, zum Tode verurteilte nicht mehr zu exekutieren, wovon nur im April 2003 abgegangen wurde, um der Welle von mehr als 30 Versuchen und Plänen von Flugzeug- und Schiffentführungen rigoros ein Ende zu setzen, zu denen die USA kurz nach Ausbruch des Irakkrieges ermutigten.

Die Entscheidung sei eine souveräne Handlung, sie sei nicht aufgrund von Druck gefällt worden, betonte Raúl, sie entspreche dem menschlichen Verhalten und der Ethik der Revolution, die vom Geist der Gerechtigkeit und nicht dem der Vergeltung getragen wird, und der Tatsache, daß Fidel geneigt sei, die Todesstrafe abzuschaffen und sie durch andere Strafen zu ersetzen, sobald es die Bedingungen erlauben. Man wisse auch, daß er ein Gegner der bekanntlich von einigen Ländern schamlos praktizierten außergerichtlichen Methoden sei.

Raúl erläuterte, diese Entscheidung des Staatsrates bedeutet nicht die Streichung der Todesstrafe aus dem kubanischen Strafgesetz, "denn unter den heutigen Umständen können wir angesichts eines Imperiums, das uns immer wieder verfolgt und angreift, die Waffen nicht niederlegen".

DREI NEUE MITGLIEDER DES POLITBÜROS UND DIE ANGEHÖRIGEN SEINER KOMMISSION GEWÄHLT

Raúl mahnte, angesichts der Realität und der Perspektive von heute vereint zu arbeiten, um mit dem gleichen Kampfgeist und der gleichen Standhaftigkeit dieser fast 50 Jahre währenden Revolution vorwärts zu kommen.

Die gefaßten Beschlüsse, so betonte er, beenden die provisorische Etappe, die am 31. Juli 2006 mit der Mitteilung des Comandante en Jefe begann und bis zu seiner Botschaft vom Vorabend des 24. Februar, in der er seine Absicht zum Ausdruck brachte, nur noch ein Soldat der Ideen zu sein, dauerte. In diesem Zeitabschnitt wurde auf der Grundlage der von ihm vorgenommenen Verteilung von Funktionen kollegial zusammengearbeitet.

Gemäß der Befugnisse, die ihm die Statuten gewähren, wählte das 6. Plenum den Revolutionskommandanten Ramiro Valdés Menéndez, Salvador Valdés Mesa und den General des Armeecorps, Alvaro López Miera, zu Mitgliedern des Politbüros.

Ebenfalls wurde der Vorschlag des Politbüros angenommen, die Kommission dieses Organs zu bilden, um mit einer geringen Anzahl von Mitgliedern notwendige Entscheidungen operativer und funktioneller umzusetzen und sie gleichzeitig kollektiv auszuwerten. Diese Kommission setzt sich aus den Genossen Raúl Castro Ruz, José Ramón Machado Ventura, Juan Almeida Bosque, Abelardo Colomé Ibarra, Carlos Lage Dávila, Esteban Lazo Hernández und Julio Casas Regueiro zusammen, d.h. aus dem Präsidenten, dem ersten Vizepräsidenten und den restlichen Vizepräsidenten des Staatsrates.

KADERKOMMISSION DES ZENTRALKOMITEES OPTIMIERT UND SIEBEN STÄNDIGE KOMMISSIONEN GEGRÜNDET

Das Plenum stimmt dem Vorschlag des Politbüros zu, die Kaderkommission des Zentralkomitees der Partei als Instrument zur Verstärkung der Kontrolle bei der Anwendung der Politik einer so entscheidenden Front zu optimieren.

Gemäß den Bestimmungen der Statuten vereinbarte das Plenum, sieben ständige Kommissionen, die dem Politbüro unterstellt sind, zu gründen und vom Sekretariat des Zentralkomitees operativ und in allen Fällen von einem seiner Sekretäre zu betreuen. Es sind dies die Kommissionen Ideologie und Kultur, Wirtschaft, Landwirtschaft, Importsubstituierung und Exportsteigerung, Bildung, Wissenschaft und Sport, Gesundheit und Internationale Beziehungen.

Der Arbeitsinhalt wird von der Analyse der wichtigsten Angelegenheiten innerhalb der zugewiesenen Thematik bestimmt. Hinweise, Empfehlungen und Vorschläge, um die von der Leitung der Partei ausdrücklich gebeten wird, werden entgegen genommen.

Indem er den Willen kundtat, im Vertrauen auf die Zukunft voranzuschreiten, schloß Raúl das 6. Plenum mit wenigen Worten:

"Wenn in diesen letzten Monaten hart gearbeitet worden ist, muß es in den vor uns liegenden Monaten noch mehr getan werden. Ich vertraue darauf, daß das jeder aufgrund seiner Verantwortung bzw. Aufgabenstellung mit der Hingabe, Weisheit und Treue, die der Augenblick erfordert, in dem wir leben, zu tun weiß."



Revolutionskommandant Ramiro Valdés (Mitte), Salvador Valdés Mesa (links) und der General des Armeecorps, Alvaro Lopez Miera, wurden in das Politbüro der PCC gewählt

Fidel und Raúl trafen sich mit Evo Morales

• EIN lebhaftes und brüderliches Treffen fand zwischen dem Präsidenten der Republik Bolivien, Evo Morales Ayma, und dem kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro Ruz statt, bei dem sie zwei Stunden lang über die Beziehungen beider Länder, die Solidarität Kubas und regionale Fragen sprachen.

Evo Morales dankte für die Anwesenheit zahlreicher kubanischer Mitarbeiter aus dem Gesundheits- und Bildungswesen in seinem Land und für die ständige Sorge Fi-

dels, das bolivianische Volk in seinem Kampf um Gerechtigkeit und Entwicklung zu unterstützen.

Der bolivianische Präsident, der unserem Land einen Arbeitsbesuch abstattete, wurde auch vom Präsidenten des Staats- und Ministerrates, Armeegeneral Raúl Castro Ruz, empfangen.

Bei dem Gespräch behandelten sie die Lage beider Länder, die Entwicklung der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen und andere Themen von regionalem und

internationalem Interesse. Raúl bestätigte Evo Morales die Solidarität und die unverbrüchliche Unterstützung Kubas für das bolivianische Volk und seine Regierung.

An der Begegnung nahmen von kubanischer Seite auch Carlos Lage Dávila, Vizepräsident des Staatsrates; Außenminister Felipe Pérez Roque und Rafael Dausá, der Botschafter Kubas in Bolivien, teil.

Von bolivianischer Seite war Héctor Arce, Vizeminister des Ministeriums der Präsidentschaft, vertreten. •



STAATSCHEFS VON KUBA UND PANAMA IM DIALOG

Abkommen über Zusammenarbeit in Fragen der Energieversorgung unterzeichnet



• DIE Regierungen Kubas und Panamas unterzeichneten ein Abkommen über die Zusammenarbeit zum Thema der rationalen und wirksamen Nutzung von Energie und die Anwendung erneuerbarer Energiequellen, das zur weiteren Festigung der bilateralen Beziehungen beitragen wird.

Armeegeneral Raúl Castro Ruz, Präsident des Staats- und Ministerrates Kubas, und Martín Torrijos Espino, Präsident Panamas, wohnten der feierlichen Unterzeichnung dieses Vereinbarung im Revolutionsplast in Havanna bei.

Außenminister Felipe Pérez Roque und Samuel Lewis, erster Vizepräsident und Außenminister Panamas, setzten die Unterschrift für ihre jeweiligen Länder unter das Abkommen, das eine Ergänzung zum Grundabkommen über Zusammenarbeit ist, das zwischen beiden Ländern besteht.

Die Vereinbarung trägt dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und den Austausch der bei der Entwicklung nationaler Programme gesammelten Erfahrungen in der rationalen und wirksamen Nutzung von Energie zu verstärken und erneuerbare Energiequellen anzuwenden.

Mit diesem Schritt sollen Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und soziales Gleichgewicht gefördert werden.

Weiter waren Carlos Lage, Vizepräsident des Staatsrates, José Ramón Balaguer, Minister für Gesundheit, Yadira García, Ministerin für Grundstoffindustrie, und Marta Lomas, Ministerin für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit anwesend. Die offizielle Gastdelegation war ebenfalls präsent.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens führte der panamaische Präsident ein Telefongespräch mit Fidel, eine Gelegenheit, bei der sie sich über allgemeine Themen der Beziehungen zwischen beiden Ländern austauschten.

das Staatsoberhaupt, nachdem er von den Ergebnissen und Perspektiven der im Land vor sich gehenden Energierevolution gehört hatte.

Im heutigen Kontext, der von den hohen Erdölpreisen gekennzeichnet ist, betrachtet er es als unerlässlich, die Energie auf nationaler Ebene zu nutzen und bezeichnete die kubanische Erfahrung als wertvoll.

GRUNDSTEIN FÜR EIN DENKMAL ZU EHREN VON OMAR TORRIJOS GELEGT

Zuvor hatte der Staatsoberhaupt den ersten Stein für ein Denkmal zu Ehren seines Vaters gelegt, das in Havanna in der Avenida de los Presidentes errichtet wird. "Dieser panamaische Stein", sagte Eusebio Leal, der Stadthistoriker von Havanna, "ist der Markstein für die Verwirklichung dessen, was wir vor einem Augenblick gehört haben, damit die heutigen und zukünftigen Generationen sich der Figur des Generals Omar Torrijos erinnern können, eines unverbrüchlichen Freundes Kubas, des heldenhaften Verteidigers der Souveränität des panamaischen Volkes."

Der Präsident Panamas bedankte sich für das Vorhaben und sagte, daß General Torrijos im Kampf um die panamaische Forderung nach Souveränität, "uns gelehrt hat, daß die Solidarität mit Kuba nicht eine Möglichkeit war, sondern eine Notwendigkeit", die von der Insel durch ihren Führer Fidel erwidert wurde, "so daß wir endlich in der Lage sind, die Verträge zu verhandeln zu können, die Panama seine territoriale Integrität und die Verwaltung des Kanals zurückgeben".

In Begleitung von Regierungsminister Ricardo Cabrisas legte Torrijos einen Kranz am Jose-Martí-Denkmal auf dem Platz der Revolution nieder. •

Der Antiterrorist Ramón Labañino wird in ein Gefängnis in Kentucky verlegt

• WASHINGTON.- Der kubanische Antiterrorist Ramón Labañino wurde von einem Gefängnis in Texas in das Bundesgefängnis von McCreary in Kentucky verlegt. Dies sei Teil einer vermeintlichen Neuordnung der Gefangenen der texanischen Haftanstalt, meldete eine Organisation, die seine Freilassung fordert.

Labañino, einer der fünf kubanischen Gefangenen, die sich in US-Haft befinden, weil sie ihr Land über terroristische Pläne informiert haben, die von Florida aus organisiert werden, konnten aufgrund von Entscheidungen der US-Behörden in den beiden letzten Jahren weder seine Frau noch seine drei Töchter besuchen, da ihnen die Visa verweigert bzw. deren Erteilung verzögert wurden.

Nach einer Mitteilung des Nationalkomitees der USA zur Befreiung der fünf erhielt seine älteste Tochter, Ailí, im Januar dieses Jahres ein Visum, aber bei ihrem Eintreffen im Gefängnis in Beaumont, Texas, durfte sie sich nicht mit ihrem Vater treffen, da für alle Insassen ein lockdown, ein Besuchsverbot, verfügt worden war.

Seit dem 12. September 1998 sitzen Labañino, Fernando González, Antonio Guerrero, Gerardo Hernández und René González in US-Kerkern. Die Strafen schwanken zwischen 15 Jahren und doppelter lebenslänglicher Gefängnishaft, wobei letztere auf Hernández angewendet wurde.

Im Falle von Adriana Pérez, der Ehefrau von Hernández, und Olga Salanueva, der

Ehefrau von René González, besagt die Mitteilung des Komitees, daß Washington weiterhin das internationale Recht verletzt, indem es die Visa verweigert, so daß beide Frauen ihre Ehemänner über mehr als zehn bzw. acht Jahre nicht gesehen haben.

Bei einer Anhörung am 20. August 2007 im 11. Bezirk des Berufungsgerichts von Atlanta prangerte die Verteidigung der kubanischen Patrioten die politischen Manipulationen des Prozesses an, der die Grundlage der Inhaftierung der fünf bildete. Die Anwälte befaßten sich erneut mit dem Fall Nr. 3 gegen Hernández, der der Verschwörung zum Mord beschuldigt worden war. Die Verteidigung befand, daß der Beweis für das vermeintliche Vergehen vom rechtlichen Standpunkt unzureichend war.

Ein weiterer beanstandeter Aspekt war das Fehlverhalten der Regierung in dem Gerichtsverfahren, dabei ganz besonders das von US-Staatsanwalt John Kastrenakes in seinem Plädoyer vor den Geschworenen. Für das Plädoyer gibt es sehr präzise Regeln, die dem Staatsanwalt verbieten, über das Bewiesene hinaus zu argumentieren. Bei dieser besonderen Instanz hat Kastrenakes die Grenzen des Plädoyers übertreten.

Die dritte Thematik, die in Zweifel gezogen wird, bezog sich auf die Strafen von Hernández, Guerrero und Labañino, die zu lebenslänglicher Gefängnishaft verurteilt wurden, obwohl es sich nicht um einen Fall der nationalen Sicherheit handelte. (PL) •

Raúl traf mit dem Emir von Katar zusammen

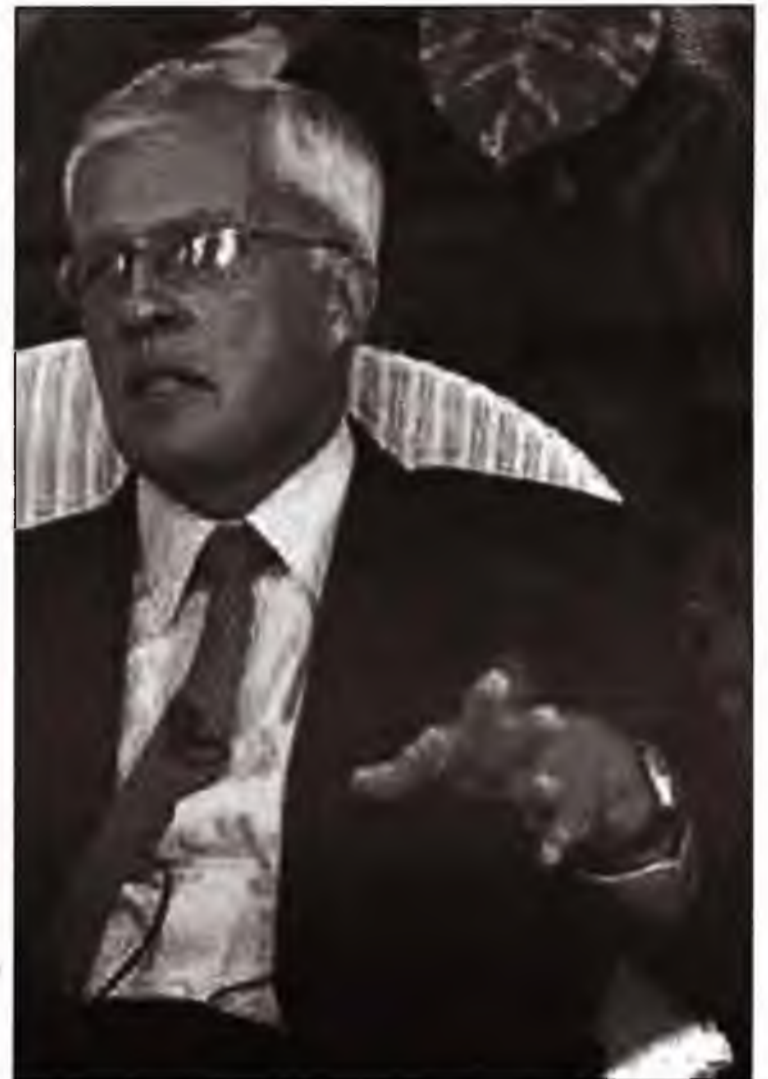
• DER Präsident des Staats- und Ministerrates, Armeegeneral Raúl Castro Ruz, empfing am Nachmittag des 30. April seine Hoheit Scheich Hamad Bin Khalifa Al-Thani, Emir von Katar, der Kuba einen Arbeitsbesuch abstattete.

Beide Staatsoberhäupter prüften die Entwicklung der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen und wiederholten ihre Bereitschaft, diese weiter auszubauen und zu festigen. Sie behandelten ebenfalls Themen von regionalem und internationalem Charakter. •





Pérez Roque: "Ich betone, daß diese Taten eine Verletzung der kubanischen Gesetze, der Gesetze der Vereinigten Staaten und der Abkommen und Normen des internationalen Rechts darstellen"



Michael Parmly, Chef der US-Interessenvertretung und Geldbote des Terroristen Santiago Alvarez

Die US-Regierung muß antworten

• **"Es gibt umfangreiche Beweise", stellte Außenminister Felipe Pérez zu den schwerwiegenden Enthüllungen fest, die das Personal der Interessenvertretung Washingtons in Havanna mit der Finanzierung der als Dissidenten getarnten Söldner in Verbindung bringen**

DEISY FRANCIS MEXIDOR - Granma

• KUBA forderte die Regierung der Vereinigten Staaten auf, eine Antwort zu geben und es zu unterlassen, den schwerwiegenden Enthüllungen zu den Verbindungen zwischen den in Miami lebenden Terroristen, der Interessenvertretung Washingtons in Havanna (SINA) und den Söldnern auf der Insel "auszuweichen und Vorwände anzuführen".

"Wir fordern von Präsident (George W.) Bush, der Staatssekretärin Condoleezza Rice der Regierung der USA, eine Antwort und verlangen, es zu unterlassen, den in der Luft schwebenden Fragen (...) zu den Enthüllungen über die dunklen Beziehungen zwischen dem antikubanischen Terrorismus in Miami, in Havanna akkreditierten US-Diplomaten und den in unserem Land handelnden Söldnergruppen der USA auszuweichen", sagte Pérez Roque auf einer Pressekonferenz.

Wie erklärt wurde, hat sich das Weiße Haus bisher noch nicht geäußert und die Verlautbarungen einiger Beamten sind "gestammelte Ausreden", während die Interessenvertretung "sich versteckt" - sagte Felipe - aber gleichzeitig "eine Mitteilung verbreitet", in der sie behauptet, daß das übergebene Geld "keine politischen Ziele verfolgt".

"Auf die sehr schwerwiegenden Enthüllungen ist nicht korrekt geantwortet worden, und wir haben wiederholt auf die Ernsthaftigkeit dieser Angelegenheit hingewiesen", betonte Pérez Roque vor Vertretern der nationalen Presse und zahlreichen in der kubanischen Hauptstadt akkreditierten Berichterstatern.

Unter den Punkten, die Pérez Roque erwähnte, ist "das skandalöse Vorgehen, besonders des Leiters der Interessenvertretung (Michael Parmly), als Verbindungsmann und das zwischen dem Terroristen Santiago Alvarez und den Konterrevolutionären in Kuba geschmuggelte Geld", eine Tatsache, die er als eine "unglaubliche Verbindung" und "ungewöhnlich"

bezeichnete.

Die US-Regierung selbst legt der Insel eine brutale Blockade auf und unterbindet die familiären Geldsendungen, benutzt aber ihre Diplomaten, um Geld zu bringen und sich wie "vulgäre Boten eines Terroristen" zu verhalten. Dies sei zynisch, sagte er.

Als Schlüsselement dieses Komplotts nannte er die Tatsache, daß SINA-Beamte nicht nur als "Kuriere" fungierten, sondern es sei außerdem bekannt, daß diese Söldner in Kuba als Gegenleistung für das Geld Alvarez, der wegen illegalen Waffenbesitzes in den USA in Haft ist, halfen, eine Strafreduzierung zu erreichen.

Pérez Roque verwies in diesem Zusammenhang auf zwei wichtige Dokumente als Beweis für das oben Gesagte: "den Gefallen", um den die enge Mitarbeiterin von Alvarez, Carmen Machado, die konterrevolutionäre Chefin Martha Beatriz Roque in einer ihrer E-Mails bittet.

Das zeigt, daß die Diplomaten "mit Söldnern gemeinsame Sache machen, um zusammen mit einem Richter die Strafe für den Terroristen Santiago Alvarez zu reduzieren", und ihn als einen Förderer der Sache der Menschenrechte hinzustellen.

An einer anderen Stelle erläuterte der Minister das illegale Handeln der SINA in Havanna, die zur Destabilisierung auf der Insel ermutigt, sie finanziert, leitet, organisiert und detailliert die Durchführung von Provokationen managt, womit sie nicht nur die kubanischen Gesetze verletzt, sondern auch die der USA sowie Abkommen und Normen des internationalen Rechts.

Felipe deckte auch eine neue Provokation der SINA (am Dienstag, dem 21. Mai) auf, und zwar ein Treffen in der Wohnung eines Beamten dieser Einrichtung, die man schon als Kongreßzentrum der Konterrevolution bezeichnen könnte. Es war organisiert worden, um die Rede von Präsident Bush zum 20. Mai in Washington zu hören, die Felipe als eine "dekadente Show", eine "unbedeutende und zynische" Rede, einen "lächerlichen und mißlungenen Propagandaakt" eines "erschöpften Regenten" bezeichnete.

ANGEZÄHLT

Auf die Frage, ob Kuba die Interessenvertretung Washing-

tons wegen der schwerwiegenden Anschuldigungen schließen könnte, sagte Pérez Roque: "Wir hoffen, daß die Vereinigten Staaten sie zur Verantwortung ziehen" und betonte, sie seien jetzt "angezählt", denn "man darf die Schwere der aufgedeckten Tatsachen nicht unterschätzen", betonte er.

Auf eine weitere Frage, ob die in diese Tatsachen verwickelten Personen vor Gericht geladen würden, antwortete der Außenminister, daß wir eine "Untersuchung über den Terrorismus und seine Verbindungen" vor uns haben, und wir uns noch voll und ganz im Stadium der Ermittlungen befinden.

Zur Frage über die der Konterrevolution übergebene Geldsumme, sagte er: "Das Thema ist nicht das Geld, sondern seine Herkunft", denn die Söldner "haben blutbeflecktes Geld erhalten", und er erinnerte daran, daß Santiago Alvarez einer der Verantwortlichen für den Angriff auf die Gemeinde Boca de Samá* war und an der Vorbereitung der Attentate auf die wichtigsten Revolutionsführer beteiligt war.

"Kuba ist ein Land, das sich in einem nicht erklärten wirtschaftlichen und politischen Krieg befindet", fügte der Außenminister an, und sandte folgende Botschaft an die Bush-Administration: "Denken Sie nach, ziehen sie die Schuldigen zur Verantwortung, die Beweise sind sehr umfangreich". "Kuba fordert eine eingehende Untersuchung und die öffentliche Bekanntgabe der Ergebnisse."

Gleichzeitig erklärte er, die Karibikinsel handele "in der legitimen Ausübung ihrer Souveränität".

In drei Sendungen in Folge hat das Programm Mesa Redonda des kubanischen Fernsehens anhand von Einzelheiten, die es von den Behörden erhalten hat, über die Verbindungen zwischen Beamten der SINA - dem "Hauptquartier der Subversion" - den Terroristen, die in Miami in Komplizenschaft mit der CIA und dem FBI handeln, und der so genannten Dissidenz auf der Insel berichtet.

* Am 12. Oktober 1971 wurden bei einem bewaffneten Angriff einer Gruppe von Terroristen mit zwei Piratenbooten aus Florida auf die Siedlung Boca de Samá, in Banes, Provinz Oriente, Lidio Rivafléchas Galano und Ramón Arturo Siam Portelles getötet und die Schwestern Nancy und Angela Pavón Pavón, 15 bzw. 13 Jahre alt, sowie Carlos Escalante Gómez und Jesús Igarza Osorio verletzt. •

Wir stehen vor einem humanitären Drama mit unberechenbaren Folgen

Ansprache von Esteban Lazo Hernandez, Vizepräsident des Staatsrats der Republik Kuba, auf dem Präsidentengipfel über Nahrungsmittelsouveränität und -sicherheit und lebenswichtige Nahrungsmittel am Mittwoch dem 7. Mai 2008 in Managua, Nicaragua

Sehr geehrter Commandante Daniel Ortega, Präsident von Nicaragua!

Ehrenwerte Präsidenten und hochrangige Vertreter!

Die Angaben sprechen für sich selbst. Im Jahr 2005 haben wir für die Einfuhr von einer Tonne Reis 250 Dollar bezahlt; jetzt zahlen wir 1 050 Dollar, das Vierfache. Für eine Tonne Weizen zahlten wir 132 Dollar; jetzt zahlen wir 330 Dollar, das Zweieinhalbfache. Für eine Tonne Mais zahlten wir 82 Dollar; jetzt zahlen wir 230 Dollar, fast das Dreifache. Für eine Tonne Trockenmilch zahlten wir 2 200 Dollar; jetzt sind es 4 800 Dollar. Das ist eine widernatürliche und unhaltbare Situation.

Diese Realität hat starke Auswirkungen auf den Binnenmärkten der meisten Länder unserer Region und der Welt. Sie betrifft direkt die Bevölkerung, besonders die Ärmsten, und führt Millionen Menschen in die Armut. Bestimmte Länder haben sich vor wenigen Jahrzehnten selbst mit Reis und Mais versorgt. Aber die neoliberalen Rezepte des IWF haben sie dazu geführt, den Markt zu liberalisieren und subventioniertes Getreide aus den USA und aus Europa zu importieren, womit die einheimische Produktion beseitigt wurde. Durch die mit der aufgezeigten Geschwindigkeit vor sich gehenden Preissteigerungen kann eine wachsende Anzahl von Menschen diese Grundnahrungsmittel schon nicht mehr essen. So überrascht es nicht, dass sie zu Protestaktionen schreiten, dass sie auf die Straßen gehen, um irgendeine Art und Weise zu finden, ihren Kinder zu essen zugeben.

Wie Fidel seit 1996 auf dem Weltgipfel für Ernährung aufmerksam machte: "Der Hunger ist ein untrennbarer Begleiter der Armen. Er ist Tochter der ungleichen Verteilung der Reichtümer und Ungerechtigkeiten auf dieser Welt. Die Reichen kennen den Hunger nicht". "Millionen Menschen auf der Welt sind im Kampf gegen den Hunger und die Ungerechtigkeit umgekommen".

Die Lebensmittelkrise, die uns heute zusammen berufen hat, wird durch die hohen Erdölpreise und wegen der auf diese durch das Kriegsabenteuer im Irak vorhandenen Auswirkung verschärft; durch die Auswirkungen dieser Preise auf Produktion und Transport von Lebensmitteln; durch die Klimawechsel-Erscheinungen; durch die zunehmende Verwendung bedeutender Mengen Körner und Getreide der USA und von Europa zur Biokraftstoff-Herstellung und wegen der spekulativen Praktiken des internationalen Großkapitals, das auf hohe Lebensmittelinventare auf Kosten des Hungers der Armen setzt.

Aber das Wesen der Krise besteht nicht in diesen, vor kurzem aufgetauchten Phänomenen, sondern in der ungleichen und ungerechten Verteilung des Reichtums auf globaler Ebene und in dem unhaltbaren neoliberalen Wirtschaftsmodell, das in den letzten zwanzig Jahren verantwortungslos und mit Fanatismus aufgezwungen wurde.

Die armen Länder, die von Lebensmittelimporten abhängen, sind nicht in der Lage, dem Schlag stand zu halten. Ihre Bevölkerungen verfügen über keinerlei Schutz und der Markt hat natürlich weder die Fähigkeit noch das Verantwortungsbeusstsein, ihnen diesen zu bieten. Wir stehen nicht vor einem wirtschaftlichen Problem, sondern vor einem humanitären Drama mit unberechenbaren Folgen, das sogar die Nationale Sicherheit unserer Länder bedroht.

Die Krise einem steigenden Verbrauch seitens bedeutender Bevölkerungssektoren bestimmter Entwicklungsländer mit beschleunigtem Wirtschaftswachstum, wie zum Beispiel China und Indien, zuzuschreiben, ist nicht nur ein ungenügend fundierter Gesichtspunkt, sondern es beinhaltet außerdem eine rassistische und diskriminierende Botschaft, welche es als ein Problem ansieht, dass Millionen Menschenwesen zum ersten Mal Zugang zu einer würdigen und gesunden Ernährung haben.

Das Problem, wie es in unserer Region zum Ausdruck kommt, steht in enger Verbindung zur prekären Situation der kleinen Landwirte und der Landbevölkerung in den unterentwickelten Ländern, sowie zur oligopolistischen Rolle der großen transnationalen Unternehmen der Industrie zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

Diese kontrollieren die Preise, die Technologien, die Normen, die Zertifizierungen, die Vertriebswege und die Finanzierungsquellen der weltweiten Nahrungsmittelproduktion. Sie üben ebenfalls die Kontrolle über den Transport, die wis-



"Das Entscheidende besteht heute darin, eine tiefgehende und strukturelle Veränderung der jetzigen internationalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung auf die Tagesordnung zu setzen"

senschaftliche Forschung, die genetischen Fonds, die Düngemittel- und Schädlingsbekämpfungsmittelindustrie aus. Ihre Regierungen - in Europa, Nordamerika und anderen Teilen der Welt - bestimmen die internationalen Regeln, unter denen die Lebensmittel und die Technologien und Inputs zu ihrer Erzeugung gehandelt werden.

Die Subventionierung der Landwirtschaft in den USA und der Europäischen Union verteuert nicht nur die von ihnen verkauften Nahrungsmittel, sondern stellt ein grundlegendes Hindernis für den Zugang der Produktionen der Entwicklungsländer zu deren Märkten dar, was direkte Auswirkungen auf die Situation der Landwirtschaft und die Hersteller des Südens hat.

Es handelt sich um ein strukturelles Problem der geltenden internationalen Wirtschaftsordnung und nicht um eine konjunkturelle Krise, die mit Notbehelfen bzw. Notstandsmaßnahmen gelöst werden kann. Kürzlich abgegebene Versprechen der Weltbank über die Zuweisung von 500 Millionen der abgewerteten Dollar zur Linderung des Notstands sind nicht nur lächerlich, sie erscheinen wie Hohn.

Um das Dilemma in seinem Wesen und seinen Ursachen anzugehen, ist die Untersuchung und Veränderung jener Regeln vorzunehmen, die schriftlich festgehalten sind oder nicht, die vereinbart bzw. aufgezwungen wurden und die heute die internationale Wirtschaftsordnung und die Schaffung und Ver-

teilung der Reichtümer regieren, und zwar besonders auf dem Gebiet von Produktion und Vertrieb von Nahrungsmitteln.

Das Entscheidende heutzutage besteht darin, eine tiefgehende und strukturelle Veränderung der jetzigen internationalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung auf die Tagesordnung zu stellen, die antidemokratisch, ungerecht, abschließend und unhaltbar ist. Eine räuberische Ordnung, die dafür verantwortlich ist, dass - wie Fidel es vor zwölf Jahren ausdrückte - "Die Gewässer verseucht werden, die Atmosphäre vergiftet und die Natur zerstört wird. Es ist nicht allein der Mangel an Investitionen, fehlende Bildung und Technologien und das beschleunigte Bevölkerungswachstum. Es ist so, dass mit jedem Tag die Umwelt mehr zerstört und die Zukunft stärker aufs Spiel gesetzt wird".

Wir stimmen gleichzeitig damit überein, dass die internationale Zusammenarbeit zur Begegnung dieses Krisenmoments unaufschiebbar ist. Es sind Sofortmaßnahmen zur schnellen Milderung der Situation jener Länder vonnöten, wo schon soziale Unruhen stattfinden. Es ist ebenfalls notwendig, mittelfristig einen Stimulierungsimpuls für die Pläne zur Zusammenarbeit und zum Austausch zu erreichen, und zwar durch gemeinsame Investitionen, welche in unserer Region die landwirtschaftliche Produktion und den Nahrungsmittelvertrieb beschleunigen und dies muss auf der Grundlage einer festen Verpflichtung und unter starker Teilnahme seitens des Staates geschehen. Kuba ist bereit, in bescheidenem Maße zu Anstrengungen dieser Art seinen Beitrag zu leisten.

Das Programm, das uns der Kamerad Daniel heute als einen Versuch der Vereinigung von Anstrengung, Willenskraft und Ressourcen der ALBA-Mitglieder und der Länder von Zentralamerika und der Karibik vorschlägt, verdient unsere Unterstützung. Es setzt das klare Verständnis voraus, dass die jetzige Nahrungsmittelsituation der Welt nicht eine Chance ist, wie manche meinen, sondern eine sehr gefährliche Krise. Es bedeutet eine ausdrückliche Anerkennung der Tatsache, dass unsere Anstrengung in der Richtung gehen muss, das Recht aller auf Ernährung und das der Millionen bis jetzt ausgeplünderten Bauernfamilien auf ein würdiges Leben zu verteidigen, und nicht dahin, die Gelegenheit für korporative Interessen bzw. schädliche Handelsmöglichkeiten auszunutzen.

Wir haben breit über dieses Thema diskutiert. Jetzt ist es an der Zeit, gemeinsam zu handeln, mit Kühnheit, Solidarität und praktischem Menschenverstand.

Wenn dies das gemeinsame Ziel ist, dann kann man auf Kuba zählen.

Abschließend möchte ich an die vorausschauenden Worte erinnern, die Fidel 1996 verlauten ließ und die aufgrund ihrer Aktualität und Tiefgründigkeit noch nachklingen: "Die Glocken, die jetzt wegen denen läuten, die jeden Tag an Hunger sterben, werden morgen für die gesamte Menschheit läuten, wenn sie nicht willens oder fähig bzw. nicht in der Lage gewesen ist, genügend weise zu sein, um sich selbst zu retten."

Vielen Dank!

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI) •

Der Gipfel von Managua verkündet den Lebensmittelnotstand

• MANAGUA – Präsidenten und andere hohe Vertreter lateinamerikanischer Länder beschlossen den Notstand zu verkünden, um die Lebensmittelproduktion in Zeiten der hohen Weltmarktpreise zu verstärken, heißt es in einer Meldung von PL.

In der Deklaration des Lebensmittelgipfels, zu dem Präsident Daniel Ortega eingeladen hatte, werden die entwickelten Länder sowie die in den letzten Jahren angewandte neoliberale Politik als wichtigste Verursacher der aktuellen Nahrungsmittelkrise benannt.

Das Treffen der Politiker hat die Möglichkeiten eröffnet, Aktionen zu unternehmen, um die Lebensmittelproduktion zu erhöhen und Handelsmechanismen anzuwenden, die dazu beitragen können, die aktuellen Marktkonjunktur der hohen Preise und der Spekulation zu mildern.

An dem Gipfeltreffen beteiligten sich die Präsidenten von Nicaragua, Bolivien, Ecuador, Haiti, Honduras, San Vicente und die Grenadinen sowie Costa Rica. Ebenso die Außenminister von Venezuela, El Salvador, Mexiko und Guatemala.

Rafael Correa, der Staatschef Ecuadors forderte dazu auf, "die lange und traurige neoliberale Nacht" zu überwinden, die die Gesellschaft dem Markt unterordnete.

Sein bolivianischer Kollege, Evo Morales, verurteilte die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen. Angesichts der separatistischen Pläne in seinem Land erhielt er die Unterstützung des Gipfels.

"Wir können nicht passiv bleiben und zusehen, wie die Lebensmittel unserer Länder von den reichen Staaten abhängen", warnte Präsident René Preval aus Haiti. Der Premierminister von San Vicente und die Grenadinen, Ralph Gonsalves, erinnerte daran, daß der kubanische Führer Fidel Castro schon vor Jahren davor gewarnt hatte, Lebensmittel zur Produktion von Biosprit einzusetzen.

Der Außenminister Venezuelas, Nicolás Maduro, präsentierte ein Paket von Vorschlägen, um die Energie- und Lebensmittelsicherheit Lateinamerikas mit der Beteiligung der Länder der Region zu sichern. Seine Vorschläge, so der Minister, gingen auf eine Initiative von Hugo Chávez zurück. •

REFLEXIONEN DES GENOSSEN FIDEL

Die zynische Politik des Imperiums

• Ein Schweigen meinerseits nach Obamas Rede am Nachmittag des 23. Mai vor der Cuban-American National Foundation (Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung), die von Ronald Reagan geschaffen wurde, wäre nicht ehrbar. Ich habe sie angehört, genau wie die von McCain und Bush. Ich hege keinen Groll gegen seine Person, weil er nicht für die gegen Kuba und die Menschheit begangenen Verbrechen verantwortlich ist. Wenn ich ihn verteidigen würde, würde ich seinen Gegnern einen riesigen Gefallen tun. Deshalb habe ich keinerlei Befürchtungen, ihn zu kritisieren und offen meine Gesichtspunkte zu seinen Worten auszudrücken.

Was hat er behauptet?

"Während meines gesamten Lebens hat es Ungerechtigkeit und Unterdrückung in Kuba gegeben und niemals in dieser Zeit hat das Volk die wirkliche Freiheit kennen gelernt, niemals im Leben von zwei Generationen hat das Volk von Kuba eine Demokratie kennen gelernt... wir haben während 50 Jahren keine Wahlen gesehen... Wir werden diese Ungerechtigkeiten nicht durchgehen lassen, wir werden gemeinsam die Freiheit für Kuba suchen", sagt er zu den Annexionisten und fährt fort: "Ich gebe mein Wort darauf. Das ist meine Verpflichtung... es ist an der Zeit, dass das US-amerikanische Geld erreicht, dass das kubanische Volk weniger vom Castro-Regime abhängig ist. Ich werde das Embargo beibehalten..."

Der Inhalt der von diesem starken Präsidentschaftskandidaten ausgesprochenen Worte enthebt mich der Notwendigkeit, das Warum dieser Reflexionen zu erläutern.

José Hernández selbst, einer der Vorstandsmitglieder der Cuban-American National Foundation, die Obama in seiner Rede lobt, war der Eigentümer des halbautomatischen Scharfschützengewehrs Kaliber 50 mit Nachtsichtzielfernrohr, das zufällig zusammen mit anderen tödlichen Waffen in Beschlag genommen wurde, als man sie auf dem Meereswege nach Venezuela transportierte, wo die Foundation die Ermordung desjenigen plante, der diese Zeilen schreibt, und zwar bei einer internationalen Zusammenkunft in Margarita, im venezolanischen Staat Nueva Esparta.

Die Gruppe von Pepe Hernández wollte zu dem Pakt mit Clinton zurückkehren, den der Clan Mas Canosa verraten hatte, indem er im Jahr 2000 mittels Wahlbetrug Bush den Sieg darbrachte, weil er versprochen hatte Castro zu ermorden, etwas, was alle gern annehmen. Das sind politische Ränke, die dem dekadenten und widersprüchlichen System der Vereinigten Staaten eigen sind.

Die Rede des Kandidaten Obama kann als eine Formel des Hungers für die Nation, die Geldüberweisungen als Almosen und die Besuche in Kuba als Propaganda für den übermäßigen Konsum und den ihn stützenden unhaltbaren Lebensstil übersetzt werden.

Wie wird er dem schwerwiegenden Problem der Nahrungsmittelkrise begegnen? Das Getreide muss unter den Menschen, den Haustieren und Fischen verteilt werden, die von Jahr zu Jahr kleiner sind und spärlicher in den Meeren vorkommen, die vom Raubbau der großen Trawler-Unternehmen geschädigt sind, die keiner der internationalen Organismen in die Schranken weisen konnte. Es ist nicht leicht, Fleisch aus Erdgas und -öl herzustellen. Obama selbst überschätzt die Möglichkeiten der Technologie und Technik im Kampf gegen den Klimawechsel, obwohl er bewusster als Bush bezüglich der Risiken und der geringen zur Verfügung stehenden Zeit ist. Er könnte sich von Gore beraten lassen, der ebenfalls Demokrat ist und aufhörte, Kandidat zu sein, weil er den beschleunigten Rhythmus, mit dem die Erderwärmung zunimmt, gut kennt. Sein naher politischer Riva-

le Bill Clinton, - auch wenn er nicht Anwärter ist - Experte in exterritorialen Gesetzen wie dem Helms/Burton- und dem Torricelli-Gesetz, kann ihn bei so einem Thema wie der Blockade beraten, die er zu beseitigen versprochen hatte, was er niemals erfüllte.

Wie hat sich bei seiner Rede in Miami derjenige ausgedrückt, der ohne Zweifel vom sozialen und humanitären Standpunkt aus gesehen der fortschrittlichste Wahlkandidat für das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten ist? "Während 200 Jahren" - sagte er - "haben die Vereinigten Staaten klar sehen lassen, dass wir den Eingriff in unserer Hemisphäre nicht zulassen werden, jedoch müssen wir beobachten, dass es eine bedeutende Intervention gibt - den Hunger, die Krankheit, die Verzweiflung. Von Haiti bis Peru können wir die Dinge etwas besser machen und müssen das tun, wir können die Globalisierung der leeren Mägen nicht akzeptieren..." Wunderbare Definition der imperialistischen Globalisierung: die der leeren Mägen! Wir müssen ihm dafür danken; aber schon vor 200 Jahren hat Bolívar für die Einheit von Lateinamerika gekämpft und vor über 100 Jahren hat Martí im Kampf gegen die Annexion von Kuba durch die Vereinigten Staaten sein Leben gegeben. Wo sind die Unterschiede zwischen dem, was Monroe erklärt hat und dem, auf was Obama zwei Jahrhunderte später in seiner Rede Anspruch erhebt?

"Wir werden einen Sonderbeauftragten des Weißen Hauses haben, so wie es Bill Clinton handhabte", - sagte er fast abschließend - "...wir werden das Friedenskorp erweitern und mehr Jugendliche darum bitten, dass sie dazu beitragen, dass unsere Beziehungen zu den Menschen stärker werden und vielleicht bedeutender. Wir können die Zukunft schmieden und nicht zulassen, dass die Zukunft uns schmiedet." Das ist ein schöner Satz, denn er billigt die Idee, oder zumindest die Befürchtung, dass die Geschichte die Persönlichkeiten macht und nicht umgekehrt.

Die Vereinigten Staaten von Heute haben nichts mehr mit jener Erklärung zu tun, welche von den 13 Kolonien, die sich gegen den englischen Kolonialismus erhoben, als Erklärung von Philadelphia über die Grundprinzipien abgegeben wurde. Jetzt stellen sie ein gigantisches Imperium dar, das zu jenem Zeitpunkt seinen Gründern nicht in den Sinn gekommen ist. Jedoch hat sich für die Indianer und die Sklaven nichts geändert. Erstere wurde in dem Maße, in dem sich die Nation ausdehnte, ausgemerzt; die zweiten waren weiter Objekt von Versteigerungen auf den Märkten - sowohl Männer, Frauen als Kinder - und das noch fast ein Jahrhundert, trotzdem "die Menschen alle frei und gleich geboren werden", wie es die Erklärung ausdrückt. Die objektiven Voraussetzungen des Planeten begünstigten die Entwicklung jenes Systems.

Obama sagt der Kubanischen Revolution einen antidemokratischen Charakter nach, der die Freiheit und die Menschenrechte nicht achtet. Genau das ist das Argument, das die US-Regierungen fast ohne Ausnahme verwendet haben, um ihre Verbrechen gegen unser Vaterland zu rechtfertigen. Die Blockade selbst ist ein Genozid und das ganz allein für sich. Ich möchte nicht, dass die US-amerikanischen Kinder in dieser beschämenden Ethik erzogen werden.

Die bewaffnete Revolution in unserem Land wäre vielleicht ohne das militärische Eingreifen, das Platt Amendment und das als deren Folge auferlegte koloniale Wirtschaftssystem nicht notwendig gewesen.

Die Revolution war Ergebnis der imperialen Herrschaft. Man kann uns nicht beschuldigen, diese aufgezwungen zu haben. Die wirklichen Veränderungen hätten ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten haben können

und müssen. Ihre eigenen Arbeiter haben vor über einem Jahrhundert die Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag aufgestellt, welche die Tochter der Arbeitsproduktivität ist.

Das erste, was wir Führer der Kubanischen Revolution von Martí gelernt haben, war, im Namen einer Organisation zu glauben und zu handeln, die zur Durchführung einer Revolution geschaffen worden ist. Wir hatten zuvor immer Befugnisse und sofort nach der Institutionalisierung wurden wir unter Teilnahme von über 90 Prozent der Stimmberechtigten gewählt, wie es schon in Kuba üblich ist, und nicht mit so einer lächerlichen Teilnahme, die oft, wie in den Vereinigten Staaten, nicht einmal 50 Prozent der Wähler erreicht. Kein anderes kleines, wie wir einer Blockade unterliegendes Land wäre in der Lage gewesen, so lange einer Macht wie der seines Nachbarn die Stirn zu bieten, wenn dies auf der Grundlage von Ambition, Dünkel, Betrug bzw. Amtsmissbrauch geschehen würde. Dies zu behaupten ist eine Beleidigung der Intelligenz unseres heroischen Volkes.

Ich stelle die scharfe Intelligenz von Obama nicht infrage, seine Fähigkeit zum Polemisieren und seinen Unternehmungsgeist. Er beherrscht die Kommunikationstechniken und steht in der Wahlkompetenz über seinen Rivalen. Ich beobachte mit Sympathie seine Ehefrau und seine Mädchen, die ihn jeden Dienstag begleiten und ermutigen; es ist ohne Zweifel ein angenehmes menschliches Bild. Trotzdem sehe ich mich gezwungen, mehrere heikle Fragen zu stellen, obwohl ich keine Antwort darauf haben will, ich möchte sie nur festhalten.

1. Ist es korrekt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten die Ermordung von irgendeiner Person auf der Welt anordnet, egal unter welchem Vorwand?

2. Ist es ethisch, dass der Präsident der Vereinigten Staaten anordnet, andere Menschenwesen zu foltern?

3. Ist der Staatsterrorismus ein Instrument, das ein so mächtiges Land wie die Vereinigten Staaten anwenden sollte, damit es Frieden auf dem Planeten gibt?

4. Kann man ein Gesetz gut und ehrbar nennen, das wie das Adjustment Act als eine Bestrafung nur auf ein einziges Land, Kuba, angewendet wird, um es zu destabilisieren, auch wenn es das Leben von unschuldigen Kindern und Müttern kostet? Wenn es gut genannt werden kann, warum wendet man nicht das automatische Aufenthaltsrecht auf Haitianer, Dominikaner und Bürger der anderen Länder der Karibik an und tut dasselbe mit den Mexikanern, Zentralamerikanern und Südamerikanern, die wie Fliegen an der Mauer der mexikanischen Grenze bzw. in den Gewässern des Atlantischen und Pazifischen Ozeans sterben?

5. Können die Vereinigten Staaten auf die Immigranten verzichten, welche das Gemüse, die Früchte, die Mandeln und andere Delikatessen für die US-Amerikaner anbauen? Wer würde ihre Straßen fegen, die Hausdienste leisten und die schwersten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten ausführen?

6. Sind die Razzien gegen die illegalen Einwanderer, die sogar die in den Vereinigten Staaten geborenen Kinder betreffen, gerecht?

7. Sind das Brain Draining (Raub von Gehirnen) und die andauernde Abwerbung des besten wissenschaftlichen und intellektuellen Intelligenzen der armen Länder moralisch und zu rechtfertigen?

8. Sie behaupten, wie ich zu Beginn dieser Reflexion anführte, dass Ihr Land schon vor langer Zeit die europäischen Mächte darauf hingewiesen hat, dass es keine Interventionen in der Hemisphäre zulassen würde, und unterstreichen gleichzeitig die Beanspruchung jenes Rechts für sich, indem Sie

gleichzeitig fordern, an jeglichem Ort der Welt mit Unterstützung von hunderten auf die ganze Welt verteilten Militärstützpunkten, See-, Luft- und Weltraumstreitkräften eingreifen zu können. Ich frage Sie: Ist das die Art und Weise, durch welche die Vereinigten Staaten ihre Achtung gegenüber der Freiheit, der Demokratie und den Menschenrechten ausdrücken?

9. Ist es gerecht, - unter welchem Vorwand auch immer - durch Überraschungshandlungen und vorbeugend sechzig oder mehr dunkle Winkel der Welt, wie sie Bush nennt, anzugreifen?

10. Ist es ehrbar und klug Billionen und Aberbillionen Dollar im Militärindustriekomplex zu investieren, um Waffen herzustellen, welche die Erde mehrmals zerstören können?

Bevor Sie über unser Land urteilen, sollten Sie wissen, dass Kuba trotz der Wirtschafts- und Finanzblockade Ihres mächtigen Landes mit seinen Programmen im Bereich Bildung, Gesundheitswesen, Sport, Kultur und Wissenschaften - die nicht nur im eigenen Hoheitsgebiet angewendet werden, sondern ebenfalls in anderen armen Ländern der Welt - und mit dem in Solidarität mit anderen Völkern vergossenen Blut einen Beweis darstellt, dass man mit recht wenig sehr viel tun kann. Nicht einmal unserer besten Verbündeten, der UdSSR, wurde erlaubt, uns unser Schicksal vorzuschreiben.

Um mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten können die Vereinigten Staaten nur Fachleute aus dem militärischen Bereich schicken. Sie können es nicht anders tun, da sie nicht genügend Personal zur Verfügung haben, das bereit ist, sich für andere aufzuopfern und einem Land in Schwierigkeiten eine bedeutende Hilfe zu leisten, obwohl wir in Kuba ausgezeichnete US-amerikanische Ärzte kennen gelernt haben, die mit uns zusammengearbeitet haben. Die Fachleute sind nicht schuld daran, denn die Gesellschaft erzieht sie nicht breit angelegt in diesem Sinn.

Die Kooperation unseres Landes haben wir niemals ideologischen Voraussetzungen untergeordnet. Wir haben sie den Vereinigten Staaten angeboten, als der Katrina New Orleans hart getroffen hatte. Unsere internationalistische medizinische Brigade trägt den Namen Henry Reeve, ein junger In jenem Land geborener Mann, der im Ersten Unabhängigkeitskrieg für die Souveränität von Kuba gekämpft hat und gefallen ist.

Unsere Revolution kann mehrere zehntausend Ärzte und Fachleute des Gesundheitswesens einberufen. Sie kann auf ebensolche massive Art und Weise Lehrer und Bürger aufrufen, die bereit sind, auf der Grundlage irgendeines edlen Vorhabens in jeglichen Winkel der Erde zu gehen. Und das weder um Rechte widerrechtlich an sich zu reißen, noch Rohstoffe zu erobern.

Im guten Willen und der Bereitschaft der Menschen sind unendliche Ressourcen vorhanden, die weder in einem Bankgewölbe aufbewahrt werden können, noch dort hineinpassen. Sie gehen nicht aus der zynischen Politik eines Imperiums hervor.



Fidel Castro Ruz
25. Mai 2008
22:35 Uhr

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI) •

Eindrucksvolle Reise zu drei indigenen Ethnien in Venezuela



Indigenas vom Amacurodelta in ihren Kanus auf dem Orinoco



Gegenstände, die die Waraos aus der Morichepalme flechten

TEXT UND FOTOS: ALBERTO BORREGO

• DIE Fahrt in das Amazonasgebiet, mit indigenen Begleitern aus der Region, führte uns auf dem Orinoco mehr als vierzehn Stunden lang flußaufwärts zu den Yanomamis, der größten Ethnie des Bundesstaates am Oberlauf des Rio Orinoco, wohin Kubaner ihre Methoden der gesundheitlichen Betreuung und der Lehre gebracht haben.

Der kubanische Mediziner Dr. Ricardo Carrillo, der mehr als 18 Monate bei dem Naturvolk gelebt und es betreut hat, berichtet uns von Traditionen, Kultur und Bräuchen. Unter den seltsamsten erwähnte er die Einäscherung ihrer Toten und daß sie die Asche gemeinsam bei einer stimmungsvollen Totenfeier mit Bananemehl vermischt oder als Brühe essen, aber nur die Asche der Knochen, da sie glauben, dort befinde sich deren Lebenskraft.

Die Yanomamis gehen fast nackt: der Mann

trägt einen Gürtel aus zusammengerolltem Stoff (guayuco) und die Frauen kurze Ffransenröckchen. Große Bögen mit Pfeilen, an denen Spitzen befestigt sind, die entsprechend der Notwendigkeit des Moments ausgetauscht werden, sind ihre Waffen. Die Yanomamis sind von sehr kleiner Statur, sie werden kaum 1,50 m groß.

Carrillo erzählt uns, daß es für ihn am Anfang sehr schwer war, sich mit ihnen zu verständigen, und noch schwieriger, wenn es darum ging, sie zu impfen, weil skrupellose Ärzte in all den Jahren so viele Experimente mit ihnen angestellt haben.

Das Glück, mit Ricardo in dieser großartigen Gegend von sagenhafter Naturschönheit zusammen zu treffen, hat uns seiner eigenen Lebenserfahrung in diesem Dorf im venezolanischen Süden sehr viel näher gebracht.

Nach diesem erfolgreichen Besuch am Oberlauf des Orinoco geht unsere Reise in eine nicht weniger gefährliche Gegend, in das Gebiet der Ethnie Wayuu, einem der wenigen Volksstämme auf dem amerikanischen



Die Wayuu von Alta Guajira, im Bundesstaat Zulia, lernen mit der kubanischen Methode Yo si puedo lesen und schreiben



Dr. Carrillo lernte, sich mit den Yanomamis zu verständigen, und hatte das "Privileg", den Dorfschamanen zu rasieren

Kontinent, die sich mutig gegen ihre europäischen Unterdrücker wehrten und so ihre Sprache und viele ihrer Bräuche und kulturellen Überlieferungen retten konnten. Für diese Reise in das kolumbianische Alta Guajira hatte man uns ein kleines Geleitkommando von der Nationalgarde zugewiesen, eine Herausforderung für unser Korrespondententeam.

Um vorzuführen wie die Wayuu sind und wie sie in vielen Gegenden von Zulia leben, lernen die kubanischen Berater ihre Tänze, Bräuche und sogar ihre Sprache, denn besonders an der Grenze zu Kolumbien lauern für die Lehrer Gefahren. Man hört Geschichten von Überfällen, Gewalt und sogar von Drogenschmuggel. Das alles hört sich nach Abenteuer an, aber die kubanischen Lehrer haben vor allem eine Pflicht zu erfüllen. Deswegen ungeachtet war die Fahrt nach Alta Guajira und den damit verbundenen Zwischenfällen von Kubanern, die die venezolanischen Lehrer begleiten, genügend vorbereitet worden.

Schließlich trafen wir in Zulia bei den Wayuu ein, die vor allem die Halbinsel Guajira besiedeln, die zwischen dem kolumbianischen Nordosten und dem äußersten Nordwesten Venezuelas liegt.

Heute hat die bolivarianische Revolution in den Bereichen Kommunikation, Bildung und Gesundheit Jahrhunderten von Isolierung

und Ignoranz, unter denen die indigenen Völker Venezuelas litten, ein Ende gesetzt.

Die letzte Station unserer Rundreise liegt im Nordosten des Landes, wieder in einer Landschaft von unvorstellbarer Schönheit, am Amacurodelta, das durch den wasserreichen Orinoco und seiner Nebenflüsse so beeindruckend ist. Dort lebt die Ethnie der Warao.

Knapp sieben Stunden dauerte die Fahrt. Das Leben dieses Stammes wird aufgrund seiner geographischen Lage vom Wasser bestimmt. Das Wort Warao bedeutet in seiner Sprache "Menschen im Kanu". Die Warao leben in *palafitos*, in Pfahlbauten direkt am Wasser. Ihr Transportmittel ist das Kanu bzw. *bongo*, das sie meisterhaft zu bauen verstehen. Sie sind ebenso gute Kanuten und überall im Orinoco-Delta anzutreffen.

Als äußerst geschickte Handwerker sind die Warao unübertrefflich im Fertigen von Hängematten, Körben und anderen Gegenständen, die sie aus den Fasern der Morichepalme flechten.

Aus nächster Nähe hatten wir Gelegenheit, die Wirkung der *Misión Robinson* zu beobachten, bei der die "Patrioten", so nennen die Venezolaner die Lehrer, nach der kubanischen Methode *Yo sí puedo* unterrichten. Bis in diese abgelegenen Orte hat es Hilfskräfte der Insel mit ihren Fibeln und ihrem Lehrmaterial verschlagen, weit weg von Bequemlichkeiten und ihren Familien. •



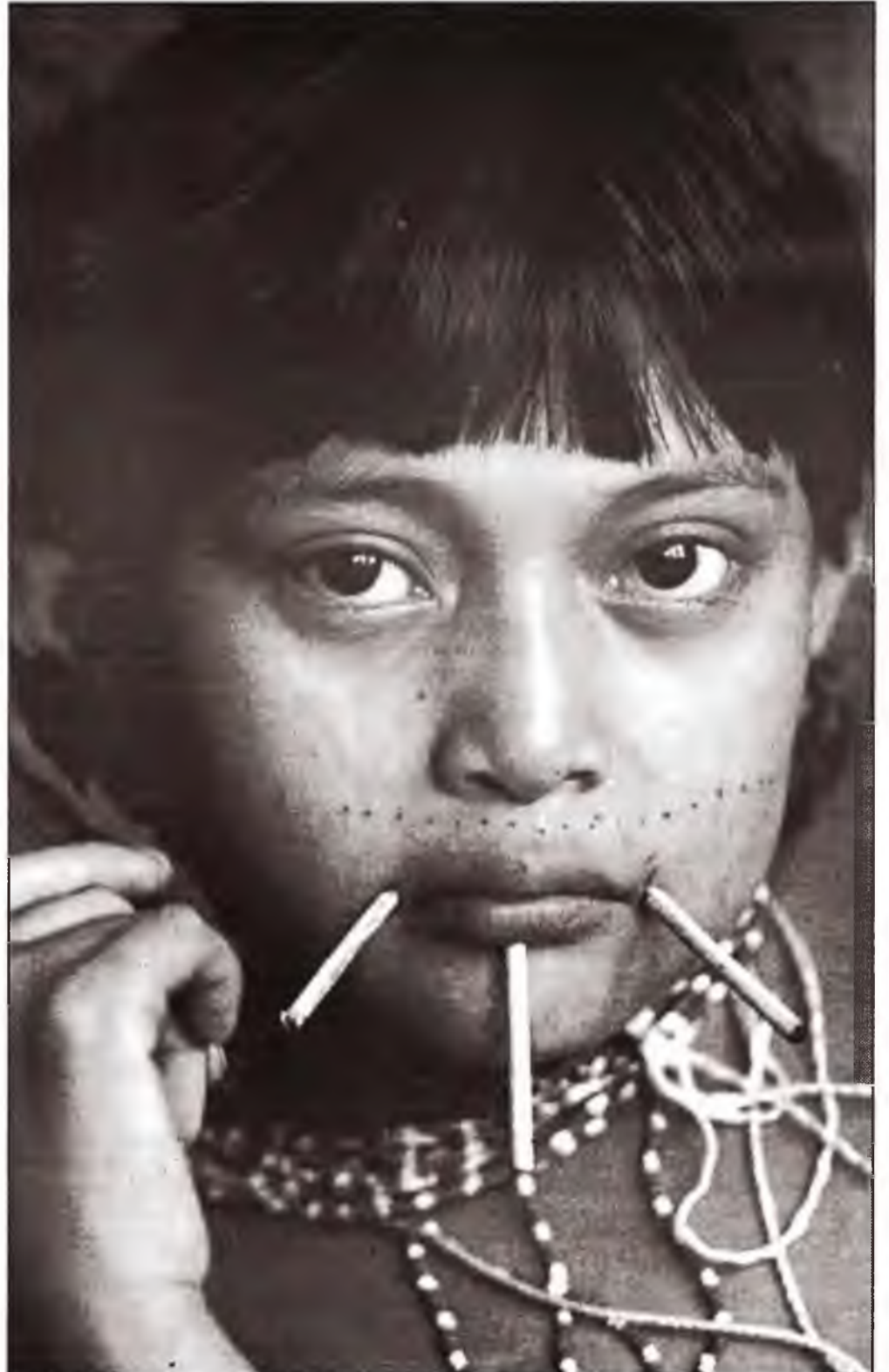
Eine Wayuufrau am Herdfeuer



Eine junge Warao-Mutter, sie ist 13 Jahre alt



Der Autor dieser Reportage mit einem Lapa - ein in dem Gebiet lebendes Säugetier - das diese jungen kleinwüchsigen Yanomamis gefangen haben



Ein typisches Yanomami-Gesicht

Eine Expedition ins Zentrum des Menschen

JORGE SMITH

• DAS Konzert von Silvio Rodríguez im Theater Karl Marx in Havanna, das seine Tournee durch 16 Haftanstalten der Insel beendet, hat uns den Menschen wieder als ein ethisch-humanistisches Projekt erkennen lassen und eine Idee hervorgebracht, die sich zu einer kühnen Initiative entwickeln könnte: Silvios Expedition auf die Länder der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas (ALBA) auszudehnen.

Die Emotion von Julio Zamora, der Kuba und das Projekt ehrte, das unter der Leitung des Autors von *Ojalá* durchgeführt worden war, die Freude und das überschwengliche Vertrauen des Septetts *Revolución* aus Santiago de Cuba, der engagierte Rap von Farándula aus Holguín und die Anmut der Rumba der Gruppe Okan tumi aus Matanzas berührten alle Besucher des Konzerts.

Das Konzert, das im Karl Marx die erste Etappe des Projekts *Expedición* abschloß, bestätigte in außergewöhnlicher Weise den Einfluß von Kunst und Kultur auf die Erlösung des Menschen aus seiner eigenen Misere. Aber es wies noch darüber hinaus, nämlich auf die Verallgemeinerung des Projekts.

Silvio Rodríguez, der Initiator dieser Initiative, steht für die Kontinuität dieses Projekts, "das so viel gegeben hat, und von dem wir soviel erhalten haben", und stellte das künstlerische Schaffen in den Gefängnissen als eine belebend wirkende Sache heraus.

Die Tatsache, daß an der *Expedición* mehr als 40.000 Häftlinge, Familienangehörige und Mitglieder des Innenministeriums teilnahmen, erinnert an den Ausspruch von Che Guevara, der die ganze Gesellschaft aufrief, eine "große Schule" zu werden.

Die Exzellenz "der Expeditionäre": das Streichtrio *Trovarroco*, die Flötistin Niurka Gonzalez, der Perkussionist Oliver Valdés, das Quartett *Sexto Sentido*, Augusto Blanca, Amaury Pérez sowie Eliades Ochoa und sein Ensemble *Patria* waren ebenfalls starke Motoren, die diese "moralische, befreiende und großzügige Granma" in einen sicheren Hafen brachten.

Nach der Tat und nach der Strafe, wenn die Schande vergessen ist und die Arbeit befreit und heilt, gibt es nichts Besseres als Kunst und Kultur, um das Werk zu vollenden, den bitteren Augenblick zu überwinden, das Selbstvertrauen wieder zu finden und unsere Handlungen bis zur letzten Konsequenz auf das Projekt des neuen Menschen zu richten.

Zu einem anderen bewegenden Augenblick des Konzerts kam es, als der Gründer der *Nueva Trova*, Vicente Feliú, ein Lied von Antonio Guerrero vortrug. Denn genau in Guerrero, Gerardo, René, Fernando und Ramón, den Antiterroristen, die seit zehn Jahren zu Unrecht in US-Gefängnissen sitzen, lebt dieser Mensch der Zukunft, der vollkommen zivilisiert die anfänglichen Instinkte des Überlebens überwunden hat und von dem inspiriert ist, was José Carlos Mariátegui "eine Herkunft und einen Glauben" nannte. •



Silvio Rodríguez beendete seine Tournee durch 16 Haftanstalten des Landes

ZUM 100. JAHRESTAG IHRER GRÜNDUNG

Bohemia verdient Applaus

YENIA SILVA CORREA
- Granma Internacional

• IM September 1930 hatte der kubanische Pädagoge und Philosoph Enrique José Varona folgende Widmung geschrieben: "Für Bohemia, die den Applaus all jener verdient, die die Freiheit lieben". Diese Widmung wurde in der Ausgabe vom 20. August 1933 veröffentlicht, als nach dem Sturz des Diktators Gerardo Machado eine Gruppe jugendlicher Varona besucht hatte.

Im ersten Vierteljahrhundert ihrer Existenz war Bohemia mit einer Wochenaufgabe von 45.000 Exemplaren bereits Mitglied des Zirkulationskontrollbüros in Chicago.

Wichtige Ereignisse des nationalen Lebens wurden auf den Seiten der am 10. Mai 1908 erstmals erschienenen Zeitschrift kommentiert. Eins davon war der Sturz Machados.

In jenem bewegten August 1933 erschien in der Zeitschrift ein offener Brief an den Präsidenten der Republik, in dem er aufgefordert wurde, sein Amt niederzulegen. Die Antwort Machados waren barbarische Befehle gegen Miguel A. Quevedo, den Direktor von Bohemia, und Miguel Coyula, den Verfasser des Briefes. Wochen später druckte Bohemia eine Ausgabe von 150.000 Exemplaren, die dem Fall des Tyrannen gewidmet war.

Der Sieg der Revolution im Januar 1959 brachte den Druck von drei Sonderausgaben - Ausgaben der Freiheit - über wichtige Geschehnisse der Jahre des Rebellenkampfes mit einer Auflage von einer Million Exemplare.

Über den Sieg von Playa Girón wurde direkt vom Ort des Geschehens berichtet.



Der Minister für Kultur, Abel Prieto (links) überreicht dem Direktor der Zeitschrift, José Fernández Vega, eine Anerkennungsurkunde der Leitung der Kommunistischen Partei Kubas mit der Unterschrift von Raúl. Auf dem Foto ist auch Fernando Remírez de Estenoz, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der PCC zu sehen

Während der Zeit der neokolonialen Republik war die älteste Publikation Kubas eins der Presseorgane mit der zahlenmäßig höchsten Auflage in Lateinamerika. Ihre Seiten gaben Artikel von freien Mitarbeitern linken und marxistisch-leninistischen Gedankengutes wider.

Namhafte Figuren der kubanischen Geschichte wie Pablo de la Torriente Brau, Eduardo Chibás, Antonio Guiterras, José Antonio Echeverría und Fidel Castro antworteten den jeweiligen Machhabern von den Seiten der

Bohemia aus, die der Zensur Gerardo Machados und Fulgencio Batistas nicht entkam.

Die Zeitschrift hatte unter anderem die Ehre, in einer ihrer Nummern zum ersten Mal in spanischer Sprache den Roman *Der Alte Mann und das Meer* von dem US-amerikanischen Schriftsteller Ernest Hemingway zu veröffentlichen.

Zu unterschiedlichen Zeiten und unter verschiedenen Umständen schrieben hervorragende Persönlichkeiten der Literatur für sie. Roque Daton, Rómulo Gallegos, Gabriela Mistral, Pablo Neruda, Gabriel García Márquez, Mario Benedetti, Alejo Carpentier, Fernando Ortiz, Nicolás Guillén sind einige dieser Namen, denen sich Raúl Roa mit Hunderten von Essays und Artikeln anschloß.

Zu ihren ersten 100 Jahren wurde der ältesten Veröffentlichung Lateinamerikas eine Ehrung der Universität Havanna zuteil. Dr. Rubén Zardoya, der Rektor der Einrichtung, überreichte José Fernández, dem Direktor der Zeitschrift, feierlich die Gedenkplakette "280. Jahrestag der Universität Havanna". Der Feierstunde wohnten bei: José Ramón Fernández, Vizepräsident des Ministerrates, der Ehrenprofessor Juan Nuri, und Julio García, der Dekan der Fakultät für Kommunikationen.

Aus dem gleichen Anlaß verlieh auch die UPEC, der Journalistenverband Kubas, Bohemia den außerordentlichen Nationalpreis für Journalistik José Martí für das Gesamtwerk, in Anerkennung der Beiträge zur Kultur und Identität. •

Ein Kubaner in Salzburg

PEDRO DE LA HOZ - Granma

• MITTEN in diesem letzten Winter kam ein Kubaner nach Salzburg, mit einer Gabe in seinen Händen.

Ulises Hernández, vielleicht der kühnste und verwegenste Pianist seiner Generation, stellte im Mozarteum, der österreichischen Einrichtung, die das Werk des unbestrittenen Genies der europäischen klassischen Musikschule behütet und fördert, eine Box mit drei von der Firma Colibrí herausgegebenen DVDs vor. Sie enthalten die Aufzeichnung aller Solo-Klavierproduktionen des Mannes, der einen im Weltmaßstab erkennbaren und dauerhaften Stil einwehte.

Die Mozart-Ehrungen sind so zahlreich, daß das Museumshaus kaum einen Teil von ihnen aufnehmen kann. Schon allein die Tatsache, Zugang zu einer Vorstellung im Salzburger Sanktuarium zu bekommen, zeugt von Ach-

tingung. Aber an diesem Tag, der mit dem Geburtstag von Wolfgang Amadeus zusammenfiel, geschah etwas Einmaliges: Es waren nicht nur die höchsten Stadtbehörden und die Organisatoren der Festivals anwesend, die aus diesem Ort ein internationales Mekka der Konzertmusik machen, sondern die dem Publikum zur Verfügung gestellten Exemplare gingen weg wie warme Semmeln.

Der Wiener Kunstkritiker Werner Esemblum bemerkte dazu: "Es hat in den letzten Zeiten keinen Fall solcher Begierde gegeben, eine Mozart-Aufzeichnung zu erwerben. Daß die von Kuba hergebrachten Exemplare ausgingen, zeigt zwei Dinge: die Überraschung angesichts der Qualität des vereinten Materials und die Tatsache, daß es aus einem Land kommt, das für die Salsa bekannt ist, und das trotzdem große akademische Erfolge aufweist."

Johannes Honsig-Erlenburg, der Präsident der Stiftung Mozarteum, hatte ins Schwarze

getroffen. Monate vorher war er, im Rahmen einer gemeinsamen Aktion des Büros des Stadthistorikers der kubanischen Hauptstadt und der Botschaft Österreichs in Havanna, auf die Insel gereist, um das Denkmal einzuweihen, das die Stadt Salzburg gespendet hatte, damit es im Haus Carmen Montilla an der Hafenallee, gegenüber vom Kloster des Heiligen Franz von Assisi, aufgestellt wird.

Zu dieser Gelegenheit erfuhr er, daß eine Gruppe kubanischer Musiker, angeführt von Ulises Hernández, sich ein Jahr lang, zum ersten Mal auf der Insel, der Aufgabe gewidmet hatte, die von Mozart für Klavier geschriebenen 26 Sonaten und Phantasien aufzuarbeiten, eine Meisterleistung, die unter der Leitung von Marta Bonat von der Firma Colibrí in Ton und Bild aufgezeichnet wurde.

Bei einem Kenner wie Honsig-Erlenburg fand dieses Vorhaben Beachtung. Damals konnte ich ihm folgendes Geständnis abringen: "Im DVD-Format ist es das erste Mal, daß es in der Welt gemacht wird. Ich habe keine Informationen von gleichartigen Arbeiten. Die Mozartanhänger müssen davon erfahren." •

Aber das Außerordentliche dieser Arbeit besteht nicht nur in der Neuheit der Produktion, sondern in den künstlerischen Ergebnissen. Ohne die individuellen Beiträge aus den Augen (und den Ohren) zu verlieren, die Leistung von Víctor Rodríguez, Ulises Hernández, Ileana Bautista, Roberto Urbay, Elvira Santiago, María Victoria del Collado, Marita Rodríguez, Pedro Rodríguez, Yanet Bermúdez, Leonardo Gell, Fidel Leal - im Jahr 2006 mit professioneller Klangtreue live im Theater Amadeo Roldán und in der Basilika aufgezeichnet von Julio Pulido und Argeo Roque, und mit der effizienten Bildaufnahme von René Arencibia -, die Produktion Mozart in Havanna zeigt das Fundament einer großartigen künstlerischen und pädagogischen Anstrengung, die zu unserem Glück Ausdruck kollektiver Schöpferkraft ist und mehr eine Regel aufstellt, als daß es eine Ausnahme wäre.

Ulises war der Vorkämpfer. Zu Mozart gesellte er in seiner Vorführung unseren Cervantes. Aber hinter ihm standen eine Schule, eine Kulturpolitik und die universelle Berufung unseres kubanischen Nationalgefühls. •

INTERNATIONALE TOURISMUSBÖRSE KUBA '08

Das Authentische zu verteidigen, ist das Anliegen der kubanischen Künstler und Intellektuellen

PEDRO DE LA HOZ - Granma

• "DIE Verteidigung der authentischen Werte der kubanischen Kultur, haben sich die Künstler und Intellektuellen der Insel auf ihre Fahnen geschrieben, weil es notwendig ist, den Tourismus als einen der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung des Landes zu stärken", sagte Abel Prieto, Mitglied des Politbüros der Partei und Minister für Kultur, in seiner Ansprache auf der Internationalen Tourismusbörse Kuba 2008.

Auf der Festung La Cabaña, dem Hauptsitz der 28. Tourismusmesse, erinnerte Abel vor zahlreichen Reiseveranstaltern, Vertretern von Reisebüros, Fachjournalisten sowie anderen Experten daran, wie in anderen Gegenden der Tourismus leider eine verheerende Rolle in Bezug auf die kulturelle Vielfalt gespielt hat. In Kuba, so versicherte er, ist der Wille vorhanden, zum gegenseitigen Vorteil den touristischen Programmen künstlerische und literarische Vorhaben hinzuzufügen.

Der Tourismusminister von Jamaica, Edmund Bartlet, brachte zum Ausdruck, daß Kuba alle Möglichkeiten habe, ein einzigartiges kulturelles Tourismusmodell in der Region herauszubilden.

Den kubanischen Kultusminister begleiteten bei seinen Ausführungen die namhaften Intellektuellen Miguel Barnet, Präsident der Union der Schriftsteller und Künstler Kubas (UNEAC), Rogelio Martínez Furé und die Vizepräsidentin der UNEAC, Cary Díez, die mit der Kommission zur Bewertung der Bezie-

hungen zwischen Kultur und Tourismus beauftragt wurde, sowie Vizekultusminister Rubén de Valle.

Der ersten Sitzung der FITCUBA 2008 wohnten Tourismusminister Manuel Marrero und Enrique Iglesias, der iberamerikanische Generalsekretär, bei.

DAMIT DIE KULTUR DEN UNTERSCHIED DEUTLICH MACHT

Auf einer Pressekonferenz vor der Eröffnung der Messe sagte die Vizeministerin für Tourismus, María Elena López, die Kultur müsse das besondere Element dessen sein, was unser Land dem Gast bietet.

Im Zusammenhang mit diesem Prinzip widmet FITCUBA 2008, deren erste Veranstaltung eine Galavorstellung des Ballet Nacional de Cuba im Saal García Lorca des Gran Teatro de La Habana war, seine thematische Hauptlinie der Verbindung von Kultur und Tourismus.

"Wir sind der Überzeugung", versicherte Lopez, "daß diese Kombination strategisch und entscheidend für die Platzierung Kubas als Tourismusziel ist, denn einzigartige Möglichkeiten sind reichlich vorhanden."

Wenn diese Verbindung auch schon in der Werbung für die Tourismusmesse herausgestellt worden war, haben die Debatten auf dem unlängst stattgefundenen 8. Kongreß der Union der Schriftsteller und Künstler Kubas (UNEAC) das Thema neu belebt.

Auf jener Tagung im April wurden zahlreiche kritische Bemerkungen und Äußerungen



Vizepräsident Esteban Lazo (Mitte) und die Minister für Kultur, Abel Prieto (rechts), und für Tourismus, Manuel Marrero, nach der Eröffnung der Tourismusbörse im Park Morro-Cabaña

der Unzufriedenheit über die Einfügung des kulturellen Lebens in die touristischen Programme vorgebracht, und das Wichtigste, es



Eine Darbietung der Kulturgruppe des Studentenverbandes untermauerte die Eröffnungsveranstaltung

wurden Vereinbarungen getroffen, um in gemeinsamer Arbeit zwischen den Touristikunternehmen, Kultureinrichtungen und der UNEAC Lösungen zu finden.

Rubén del Valle, Vizeminister für Kultur, der ebenfalls an der Pressekonferenz vor der Eröffnung der Messe teilgenommen hatte, unterstrich die Verpflichtung der intellektuellen und künstlerischen Bewegung der touristischen Entwicklung gegenüber, in der, über Sonne und Strand hinaus, es möglich ist, echte kulturelle Werte vorzustellen.

Ein Beitrag, um dieses Profil bekannt zu machen, war die Verteilung eines neuen Kulturführers Kubas in den Veranstaltungen der Börse auf der Festung La Cabaña. •

Kuba und Mexiko wollen die wirtschaftlichen Beziehungen reaktivieren

LISANKA GONZALEZ SUAREZ
- Granma Internacional

• MEXIKANISCHE und kubanische Unternehmer verschiedener Sektoren kamen zu zufriedenstellenden Vereinbarungen mit dem Ziel, den Handel zwischen beiden Ländern zu fördern.

Das Treffen, an dem 100 Vertreter von 70 Unternehmen der unterschiedlichsten Bereiche teilnahmen, war der zwischen dem kubanischen Außenminister Felipe Pérez Roque und seiner mexikanischen Amtskollegin Patricia Espinosa während deren Besuch im März dieses Jahres vereinbarten Aktionen.

Das charismatische Hotel Nacional war der Ort, an dem die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen wurden, die praktisch zehn Jahre lang am Boden lagen und ihren Tiefpunkt während der Regierungszeit von Vicente Fox erreichten.

Während der letzten Arbeitssitzung gaben Spezialisten beider Länder interessante Prognosen für das diesjährige Handelsvolumen ab.

Edilia Prince, Direktorin für Lateinamerika und die Karibik im Außenhandelsministerium, erinnerte daran, daß Mexiko nach Venezuela und Brasilien der drittgrößte Handelspartner in der Region war.

Die Hauptexportgüter Mexikos auf die Insel waren Aluminium, Plastik, Maschinen, Kaffee und metallische Manufakturartikel, während die wichtigsten Importe des Landes aus Tabak, Gußeisen, Rum, chemischen Produkten, Kupfer und aus Kupfer hergestellten Waren bestanden, erklärte die mexikanische Vizeaußenministerin Luz María de la Mora.

Während des Treffens verwies Anaiza Rodríguez vom Ministerium für Ausländische Investitionen darauf, daß Kuba an den Bereichen Tourismus, Bergbau, Erdöl, Ent-



wicklung der Infrastruktur, Landwirtschaft und Verpackungsindustrie interessiert sei. Im Falle des Tourismus seien die wichtigsten Geschäftsmöglichkeiten der Bau

neuer Hotels, vor allem im Zentrum und im Osten der Insel. In Bezug auf Risikobohrungen nach Erdöl bietet das Land Erkundungsgebiete sowohl in der Tiefsee als auch in seichten Gewässern der 59 Blocks im Golf von Mexiko. Es ist auch an technischen Dienstleistungen in Bezug auf die Bohrungen interessiert.

Geschäftsmöglichkeiten im Bergbau sind direkt verknüpft mit den Projekten der Nickelindustrie. Zur Verpackungsindustrie führte sie aus, daß die Lebensmittelindustrie zur Zeit Verpackungsmaterial aus Glas, Blech oder Aluminium im Wert von 85 Millionen Dollar einführt und man deshalb an Investitionen von ausländischem Kapital in diesem Sektor interessiert sei.

In der Landwirtschaft benötigt die Insel vor allem Unterstützung bei der Entwicklung der Logistik im Zusammenhang mit dem Ankauf, der Aufbereitung und dem Verkauf der Produkte sowie in solchen nichttraditionellen Bereichen wie dem Agrotourismus und dem Ökotourismus, für die die kubanische Firma Flora y Fauna gute Voraussetzungen bietet.

20-MILLIONEN-KREDIT VON BANCOMEXT

Eine sehr wichtige Vereinbarung kam zwischen der kubanischen Nationalbank und der nationalen Außenhandelsbank Mexikos, Bancomext, zustande, deren Repräsentant auf dem Treffen, Rolando Vásquez Castellanos, bekanntgab, daß die finanziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder hergestellt seien und man das mittelfristige Ziel habe, die Zusammenarbeit auszuweiten. Im Moment habe Mexiko der Insel einen Kredit von 20 Millionen Dollar eingeräumt, um deren Handel zu reaktivieren.

Am Ende der 15. Versammlung des Unternehmerkomitees unterzeichneten Jaime Torres für die mexikanische Seite und Adrián Gómez für die kubanische ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die Ergebnisse des Treffens festgehalten wurden. Zudem wird darin vorgeschlagen, eine Messe kubanischer Produkte und Dienstleistungen im Mai 2009 in der mexikanischen Hauptstadt zu veranstalten. Im Rahmen dieser Ausstellung soll auch die 16. Versammlung des Komitees stattfinden. Weiterhin heißt es in dem Kommuniqué, man werde dafür werben, daß mexikanische Unternehmer an der 26. Internationalen Messe von Havanna teilnehmen. •

WELTWEITE NAHRUNGSMITTELKRISE

Das wahre Gesicht des kapitalistischen Marktes

NIDIA DIAZ - Granma Internacional

• UNGEACHTET der Zahlen und Prognosen hat die unmittelbar bevorstehende Nahrungsmittelkrise, die bereits die Welt bedrückt - und wie zu erwarten war, besonders die armen Länder und ihre verwundbarsten Sektoren -, allen das wahre Gesicht des kapitalistischen Marktes offenbart, seine unerbittlichen Mechanismen, seine unstillbare Gier und seine Vorgehensweise nach Gesetzen, die wie immer die weniger Begünstigten trifft.

Es geht schon nicht mehr um apokalyptische Warnungen oder die Parolen einer Gruppe von "Unruhestiftern", die den "heiligen Frieden" der von dem globalisierten und neoliberalen System festgelegten Weltordnung zu stören beabsichtigen.

Die Gründe sind vielfach und technisch sicher erklärbar, die die Menschheit auf diesen Abgrund hin drängen, aber letzten Endes hat jede Analyse ein Ergebnis: es sind die unabänderlichen Gesetze des kapitalistischen Marktes, die das sich abzeichnende Unglück heraufbeschwören.

So verstehen es die Welt- und Regionalorganisationen - UNO, FAO, UNESCO, CEPAL - und haben ebenso Alarm geschlagen, wie es zu anderen Zeiten nur einige Staatsmänner und Intellektuelle taten, die schon vor Jahrzehnten vor der Gefahr warnten, in der damaligen bipolaren Welt, in der derartige Feststellungen und stichhaltige Argumente nur dazu führten, daß sie von den Mächtigen als "kommunistische Gefahr" bezeichnet wurden.

Zweifellos liegen Faktoren vor, die die Krise beschleunigten, wie etwa der unaufhaltsame Anstieg der Erdölpreise, der darauf folgende Wettlauf um die Entwicklung der Biotreibstoffe in einem noch nie gesehenen Maßstab; der Handelskrieg um die Nahrungsmittel, die hohen Subventionen; das Aufkommen genmanipulierter Sämereien..., all das und noch viel mehr sind nichts anderes als Schmierstoffe in dem kapitalistischen Weltgetriebe.

Kommentatoren erinnern daran, wie die Deregulierung und Privatisierung in der Landwirtschaft, verbunden mit der Zunahme der Globalisierung in den neunziger Jahren dazu beitrug,

daß die Welthandelsorganisation (WTO) die Nahrungsmittelreserven als eine "Marktverzerrung" bezeichnete, womit sie dazu beitrug, daß die transnationalen Unternehmen den Markt beherrschten, einige von ihnen ausgestattet mit Patenten zur Kontrolle der Aussaatmethoden und der Genmanipulation der Sämereien.

Die "Öffnung" des Landwirtschaftssektors durch die WTO gab den transnationalen Unternehmen im Agrarsektor die finanzielle Vorherrschaft für diesen äußerst wichtigen Bereich, der so eng verbunden ist mit dem menschlichen Überleben. Wie nie zuvor wurden die Nahrungsmittel zu lukrativen Artikeln und der Agrarsektor verwandelte sich in ein immer rentableres und globalisiertes Geschäft, bei dem die Erde ohne jede Regulierung so lange auszubeuten ist, bis die Ressourcen erschöpft sind.

Bei Überprüfung dieser Fakten kann unmöglich ignoriert werden, daß nach Angaben der Weltnahrungsmittelbörsen, ein Dutzend Schlüsselunternehmen gemeinsam mit ca. 40 mittleren Unternehmen die so genannte "Nahrungsmittelkette" beherrschen, an deren Spitze die sechs größten Transnationalen Unternehmen des Getreidekartells stehen: Cargill, Continental CGC, Archer Daniels, Midland (ADM), Louis Dreyfus, André sowie Bunge and Born. Ihre Herrschaft ist scheinbar absolut in der Welt der Körner, begonnen beim Weizen, Mais und Hafer, über Hirse, Gerste und Roggen, bis hin zum Fleisch, zu Milcherzeugnissen, Öl und Speisefetten, Obst, Gemüse, Zucker und Gewürzen.

Cargill zum Beispiel exportiert 25 Prozent des Getreides der USA und gehört zu den wichtigsten Firmen dieses Landes mit 88 Milliarden Dollar Einnahmen allein im vorigen Jahr. Continental CGC spezialisiert sich auf Getreide, Geflügel, Schweinefleisch und Rindfleisch, mit Investitionen in Versicherungen, Immobilien und Aktienkäufen von Unternehmen; ADM hat sich auf das Geschäft der Biotreibstoffe konzentriert und fast die Hälfte des Gewinns kommt aus den von der US-Regierung subventionierten Produkten.

So sieht die dramatische Realität insbesondere für die Länder der Dritten Welt aus, in der die Lebensmittelpreise in den letzten neun Monaten um 45 Prozent anstiegen und sich im De-



zember 2007 die höchsten Preissteigerungen pro Monat seit etwa 20 Jahren ereigneten, wie aus den Statistiken der FAO hervorgeht. Damals stiegen die Preise für Getreide um 41 Prozent, für Pflanzenöl um 60 Prozent, und die für Milcherzeugnisse standen mit 80 Prozent an der Spitze der Liste.

Diese Tendenz scheint sich zu beschleunigen, denn im März dieses Jahres kostete der Weizen 130 Prozent mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr.

In diesem Sinn hat der Generaldirektor der FAO, Jacques Diouf, auf der letzten Versammlung in Brasilien besonders deutlich gesagt, daß die Regierungen nicht auf die Kräfte des Marktes vertrauen dürfen, um die Steigerung der Preise bei Nahrungsmitteln zu mildern. Statt dessen müsse man einen klaren politischen Willen zeigen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.

Diouf erklärte, die Ursachen des steilen Preisanstiegs seien "ein ganzes Bündel von Faktoren", zu denen er die Rolle der Spekulanten zählt, die auf den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten nach "Gelegenheiten suchen".

Für Lateinamerika und die Karibik können die Einschätzungen der UN-Wirtschaftskommission für die Region (CEPAL) nicht beunruhigender sein. Sie sagen 15,7 Millionen Hungernde zusätzlich infolge der Preiserhöhungen voraus, so daß die Zahl der Hungernden auf 84,2 Millionen Menschen ansteigt, ohne jene einzubeziehen, die in Zukunft zu den Armen zählen werden. Außerdem, so die Kommission, wird sich die soziale Lage jener verschlimmern, die vor den Preissteigerungen schon in extremer Armut lebten.

Die gegenüber diesem Bedarf der breitesten

Bevölkerungsschichten, vor allem der ärmsten, wenig sensiblen Einrichtungen können ihre Besorgnis und ihre Furcht nicht verstecken und sagen darum, daß der Ernst der Krise zu derartigen Extremen führen könne, daß daraus ein "Bumerang" entstehen könnte, der das kapitalistische System in seiner Gesamtheit stark erschüttern könnte.

Das erklärt einige Bemerkungen der letzten Frühjahrsversammlung des Weltwährungsfonds und der Weltbank, die in einem anderen Kontext wenig glaubhaft erscheinen könnten. Sie gaben zum Beispiel den Biotreibstoffen die Schuld für die Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel wie Weizen und Reis. Der US-Amerikaner Robert Zoellick, der jetzige Präsident der Weltbank, stellte fest: "Während die US-Bürger sich Sorgen machen, wie sie ihren Benzintank füllen können, gibt es Menschen, die Probleme haben, ihren Magen zu füllen."

Indem er die voraussichtliche Nichterfüllung der so genannten Zielsetzungen des Minimums als Folge der Nahrungsmittelkrise und der Preiserhöhungen bestätigte, nannte der Generaldirektor des IWF, Dominique Strauss-Khan, es "eine Quelle des Ungleichgewichts, die mit einem Federstreich den Fortschritt in der Bekämpfung der Armut beseitigt".

Weder der IWF noch die Weltbank und auch die anderen Schutzeinrichtungen des globalisierten und neoliberalen Kapitalismus können dabei aber nicht verheimlichen, daß die Nahrungsmittelkrise - ihre Ursachen und Folgen - wie vorher nur wenige Ereignisse, half, die Ungleichheiten eines Systems aufzudecken, dessen ureigenste Natur von Raub und Ausbeutung gekennzeichnet ist. •



DAS PROBLEM DER OBJEKTIVITÄT

• Folgenden Leserbrief von Raimund Jungbauer aus München erhielten wir leider ganz kurz nach Redaktionsschluss der Maiausgabe und konnten ihn deshalb in der letzten Nummer nicht mehr berücksichtigen. Doch ich will Ihnen natürlich seine Kritik nicht vorenthalten, zumal ich sie, was den Inhalt des Artikels anbetrifft, auf den er sich bezieht, voll teile:

Ich lese seit Jahren die deutsche Ausgabe der Granma und konnte durch die meist sehr sachlichen Artikel viele Informationen bezüglich Kuba gewinnen.

Bei der Ausgabe April 2008 habe ich aber einige Anmerkungen zum Artikel "Kontinuität in Russland". Seite 13.

Natürlich ist Putin in Russland populär und sein Parteifreund und Nachfolger Medwedew wurde mit einer großen Mehrheit gewählt. Es gab aber bei der Wahl von verschiedenen Seiten Berichte über eine enorme Benachteiligung

der oppositionellen Parteien. Putins Partei dagegen wurde z. B. in den verschiedenen Medien anscheinend übermäßig oft und positiv präsentiert. Darüber findet sich kein Wort in dem Artikel der Granma. Zumindest wäre es unbedingt notwendig, diese Vorwürfe darzustellen und gegebenenfalls zu entkräften. Auch über die Kritik der Opposition (immerhin ist das nun ausschließlich die KP) und deren Programm findet sich kein Wort. Es entsteht der Eindruck, dass vor allem eigene kubanische Interessen verfolgt werden. Eine objektive Berichterstattung sieht sicher anders aus.

Immerhin finden sich teilweise auch selbstkritische Artikel in der Granma. Es muss aber immer wieder die Frage gestellt werden, ob die Berichte objektiv sind und die wesentlichen Themen der kubanischen Bevölkerung und der Welt aufgreifen.

Zum Thema Objektivität und Presse habe ich eine andere Meinung als der Herr Jungbauer. Obwohl auch der Vorstand unserer Betriebsgruppe des kubanischen Journalistenverbandes (UPEC) in seinem letzten Rechenschaftsbericht davon gesprochen hat, Granma Internacional berichte wirklich objektiv, kann ich auch dem nicht zustimmen. Meiner Meinung nach ist keine Zeitung und keine Berichterstattung objektiv. Objektivität in der Presse gibt es nicht und ist auch nicht möglich. Schon die Auswahl der Nachrichten, Berichte und Meldungen ist immer eine subjektive, und deren For-

mulierung natürlich erst recht, denn es sind Menschen, also Subjekte, die diese Arbeit machen. Das ist im Prinzip auch gar nicht schlimm, solange man dem Leser deutlich macht von welchem Standpunkt aus man berichtet.

Granma Internacional z. B. ist eine Zeitung der Kommunistischen Partei Kubas (wenn auch nicht ihr Zentralorgan, das ist bekanntlich die Tageszeitung Granma, die nur in Spanisch erscheint) und entsprechend spiegelt sich in ihr der Standpunkt dieser Partei in den Berichten, Kommentaren, Meldungen etc. wieder. Ihr Ziel ist es, den Lesern in aller Welt den meist sehr verzerrten Darstellungen der kubanischen und lateinamerikanischen Wirklichkeit in den bürgerlichen Medien, die dazu noch von wenigen großen Presseagenturen aus fünf, sechs entwickelten kapitalistischen Ländern dominiert wird, die kubanische Sicht der Dinge entgegenzustellen. So weiß der Leser, wo er dran ist. Er kann diese Sichtweise teilen, ablehnen oder sich kritisch mit ihr auseinandersetzen.

Das ist m. E. ehrlicher als die Herangehensweise der meisten bundesdeutschen, österreichischen bzw. Schweizer Medien oder der besagten Presseagenturen, die sich durchweg alle als unabhängig bezeichnen, aber in der Regel unisono bei der Auswahl der Themen und den Inhalten, die sie veröffentlichen, von einem Klassenstandpunkt leiten lassen, nämlich dem der in ihren Ländern herrschenden Klasse. (HWR) •

Eskalation bei illegalen Übertragungen gegen Kuba

ROBERTO PEREZ BETANCOURT

• DIE US-Regierung setzt auf eine Eskalation ihrer illegalen Radio- und Fernsehaggressionen gegen Kuba, indem sie die umfangreichen Mittel, die sie dieser Einmischungsaktion seit den ersten Tagen der Revolution widmet, noch erhöht.

Spezialisten des Außenministeriums (MINREX) und des Ministeriums für Informatik und Kommunikation (MIC) prangerten dies gemeinsam mit Journalisten in dem kubanischen Radio- und Fernsehprogramm Mesa Redonda Informativa an. Dazu legten sie Beweise für die wiederholten Verletzungen internationaler Gesetze und den unverhohlenen Angriff auf die Souveränität der Karibiknation vor.

In dem Programm wurde bekanntgegeben, daß aus vom US-Geheimdienst CIA freigegebenen Dokumenten hervor geht, daß die US-Regierung Operationen gegen die Insel unter Verwendung von illegalen Radiosendungen vornimmt.

Carlos Martínez, der Generaldirektor des MIC, berichtete über die Vorgeschichte dieser Übertragungen und die illegale Nutzung von kommerziellen Sendern in Miami, die von den US-Regierungen in den letzten 50 Jahren geschützt wurden, und anderen, die mit subversiven Absichten speziell dafür geschaffen worden sind.

Die Analytiker erklärten, daß diese Medien wöchentlich im Durchschnitt 1.889 Stunden auf 30 verschiedenen Radio- und TV-Frequenzen senden und die USA außerdem bei ihren systematischen Verletzungen kostspielige internationale und kommerzielle Satelliten benutzen.

Martínez betonte, daß 131 konterrevolutionäre Organisationen Programme gegen die Insel ausstrahlten, wobei sie Sendezeiten bei Radiostationen in Florida mieten. Er brachte Beweise über nachgewiesene falsche Inhalte und über die Komplizenschaft der US-Behörden.

Der Experte des MIC berichtete über wiederholte Verweise, die die US-Administration von internationalen Organisationen

wegen ihrer flagranten Verletzungen der Gesetze erhielt, die von Kuba systematisch registriert und dokumentiert werden, um die im lokalen Service aufgetretenen Beeinträchtigungen beweisen zu können.

Die sogenannten Sender Radio Martí und TV Martí sind Teil des Büros für Sendungen nach Kuba, das 1985 gegründet wurde und Eigentum der US-Regierung ist. Es widmet sich der Ausstrahlung von tendenziösen Informationen und Programmen zur Insel, um deren Regierung zu destabilisieren, die Bevölkerung zu verwirren und sie zur Subversion zu ermutigen.

Beide Projekte kosteten die US-amerikanischen Steuerzahler mehr als 600 Millionen Dollar. In Wirklichkeit nützt dieses Geld Elementen der antikubanischen Mafia, die die Wahl und die Wiederwahl von George W. Bush zum Präsidenten unterstützte und zu der auch Kongreßabgeordnete kubanischer Herkunft wie Lincoln Díaz-Balart gehören.

Trotz seiner schon mehr als 17 Jahre andauernden Geschichte, der Anwendung hochentwickelter Technologien, dem Einsatz von verschiedenen Fluggeräten und dem Wechseln der Sendekanäle hat TV Martí es dank der wirksamen Arbeit der lokalen Spezialisten noch nicht geschafft, daß es in den kubanischen Empfangsgeräten gesehen werden kann.

Der Journalist Reynaldo Taladrí stellte fest, daß die gegen Kuba gerichteten Sendungen Teil eines vor Jahren von der US-Regierung mit Vertretern konterrevolutionärer Organisationen erarbeiteten Projekts sind.

Die Führungen dieser Organisationen und andere Nutznießer des Budgets von TV Martí versuchen erfolglos, das Scheitern ihrer Sendungen nach Kuba zu bestreiten, und ironischerweise beantragten sie 400.000 Dollar jährlich und erhielten sie, um TV Azteca zu bezahlen, damit es ihre Sendungen in das normale Programm übernimmt, was bisher ebenfalls nicht gelungen ist.

In anderen Skandalen geht es um nach dem US-Gesetz illegal bezahlte Journalisten von Radio und TV Martí.

Im April 2007 wurde José M. Miranda, alias Chema, der ehemalige Direktor von TV-Martí-Programmen, zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 5.000 Dollar verurteilt, weil er Schmiergelder der Firma Perfect Image & Videos angenommen hat.

Dieses Unternehmen zahlte ihm in der Zeit vom 26. November 2001 bis 20. Dezember 2004 mit 73 Schecks 112.000 Dollar als Ausgleich für die erwiesenen Dienste.

Am 20. Mai 2003 begann die Regierung W. Bush ein Militärflugzeug vom Typ C 130 zu benutzen, das vom Pentagon abkommandiert wurde, um die Programme zu senden.

Dazu sagte Oberst Roque Garrigó vom Ministerium der Revolutionären Streitkräfte, daß bei dieser Gelegenheit der US-Präsident den Beginn einer neuen Eskalation der Aggressionen gegen Kuba erklärt hatte.

Er nannte Einzelheiten zur Sendestärke der Ausrüstung des erwähnten Flugzeugs, die über ein Potential von 10 KW und eine Reichweite von 200 km verfügt. Er betonte, daß jede Sendung nach Kuba ca. 150.000 Dollar kostet.

Hugo Fernández, ein Experte des MIC, erklärte, daß die UN-Fachorganisation für Telekommunikationen auf der Weltkonferenz 2007 die Sendungen Washingtons gegen Kuba als illegal ablehnte.

Auf dem Forum waren Delegierte aus 164 Ländern vertreten, wobei die USA selbst nicht teilnahmen.

Rodolfo Reyes, Direktor für multilaterale Angelegenheiten des MINREX, nannte weitere Klagen Kubas in internationalen Gremien bis hin zur UN-Vollversammlung.

Er stellte die generelle Unterstützung heraus, die die Insel bei ihren Forderungen erhält, und bestätigte erneut, daß - wenn sich Washington auch lustig mache über die internationalen Verurteilungen - Kuba weiterhin seine Souveränität in allen Bereichen verteidigen werde. (AIN) •



20. Mai 2003 begann die Bush-Regierung ein Militärflugzeug vom Typ C 130 für die Radio- und Teleaggressionen gegen die Insel zu benutzen

Das Pentagon nutzt Insekten zur Spionage

• Ihnen werden Chips eingesetzt, so daß sie ferngelenkt zum Abhören von Gesprächen, zum Aufspüren von Sprengstoffen und zur Überwachung verwendet werden können

ROSA MIRIAM ELIZALDE

• WÄHREND sie Venezuela kriminalisiert und es als ein Land vorstellt, das an der internationalen Spionage interessiert sei, und versucht, die Kampagne gegen den Satelliten Simón Bolívar voranzubringen, kündigte die

Agentur für fortgeschrittene Forschungsprojekte (Darpa) beim Pentagon - die gleiche, die das Internet entwickelte - offiziell ihre Fortschritte bei Projekten zur Züchtung von hybriden Insekten an, die sie bei Überwachungseinsätzen benutzt.

Darpa hat es geschafft, verschiedene Cyborg-Typen - halb biologische und halb technische Organismen - zu entwickeln, mit denen man die vollständige Fortbewegung einiger Insekten kontrollieren kann, indem man den Larven winzige Aufklärungschips einsetzt.

Das erwachsene Insekt kann dann fernge-

lenkt zum Abhören von Gesprächen, zum Aufspüren von Sprengstoffen oder zur Überwachung eingesetzt werden.

Nach der von Amit Lal, dem Hauptgeschäftsführer des Projekts HI-MEMS (Mikroelektronisch-mechanische Hybridsysteme) von Darpa unterzeichneten Mitteilung, "werden die Larven und Puppen der Insekten benutzt. Da sich bei den meisten Insekten das Gewebe in den letzten Etappen der Metamorphose entwickelt, verheilt das Gewebe rund um den Chip herum schnell und es entsteht eine verlässliche und stabile Gewebemaschine.

Das Ziel der MEMS in den Insekten ist, die Fortbewegung über vorgeschriebenen Strecken zu kontrollieren. Die Kontrollen können per Fernsteuerung über GPS, optische Kontrollgeräte oder Ultraschallsignale laufen.

"Die Cyborgs", so die Notiz, die unter www.darpa.mil nachgelesen werden kann, "können mit einem oder mehreren Sensoren wie etwa einem Mikrofon oder einem Gas-sensor ausgerüstet sein, um die am Zielort gesammelte Information zu senden. Die Derivate der HI-MEMS-Technologie gestatten viele billige Roboterkapazitäten, die die Entwicklung zukünftiger autonomer Verteidigungssysteme beeinflussen", - spricht Spionagesysteme.

Diese Geräte wurde schon zur Überwachung von Demonstranten gegen den Irakkrieg verwendet, wie es in einem Artikel heißt, der in der Washington Post vom 10. Oktober 2007 mit dem Titel "Libellen oder Spionageinsekten" erschien. (Aus: Cubadebate) •



Unser Amerika



Washington auf der Suche nach einem tödlichen Schlag gegen Bolivien und Venezuela

NIDIA DIAZ – für Granma Internacional

• KNAPP sieben Monate vor der Wahl eines neuen Bewohners des Weißen Hauses, sucht George W. Bush verzweifelt nach einem tödlichen Schlag, um in irgend einem "dunklen Winkel des Planeten" die beiden Amtszeiten seiner Administration doch noch mit Erfolg krönen zu können.

Wie es in der Geschichte der mächtigen Nation im Norden Gang und Gebe ist, suchen sie ihre "Sündenböcke" nun in ihrem einst traditionellen Hinterhof. Und wer wäre besser geeignet als die Rebellen Hugo Chávez und Evo Morales, die Führer tiefgreifender Transformationsprozesse, deren Regierungen heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Washington herausfordern, wie es sonst nur die kubanische Revolution tat.

Genügend Gründe, um die ganze Maschinerie der kriegereischen und propagandistischen Subversion, gestützt auf einen separatistischen Plan, nach dem die rohstoffreichsten Gebiete dieser Länder - Zulia, in Venezuela, und der Östliche Halbmond (Media Luna Oriental), in Bolivien - abgetrennt werden sollen und so der Fluß des Kapitals abgeschnitten wird, mit dem das Werk der sozialen Gerechtigkeit und nationalen Entwicklung bezahlt wird, das die Grundlage für die Zurückgewinnung der Souveränität und der Selbstbestimmung ist.

BOLIVIEN STEHT AM 10. AUGUST VOR DER ENTSCHEIDUNG

Wie angekündigt, werden der Präsident, der Vizepräsident und die acht Präfekten Boliviens ihre Ämter einem Abberufungsreferendum unterziehen. Evo Morales hatte dies schon im Dezember 2007 beantragt. Aber erst am Donnerstag, dem 8. Mai, beschloß der Senat, in dem die Opposition die Mehrheit hat, das Referendum, da er Mut aus den Ergebnissen des Autonomie-Referendums in Santa Cruz schöpfte.

Die Opposition und ihre Beschützer im Norden sind in ihrer Wahrnehmung so gestört, daß die transnationale Presse zu dem Ereignis titelt, "Evo akzeptiert das Referendum", obwohl er es war, der die Idee hatte, mit dem Referendum den Streit mit der rechten Opposition zu schlichten. Diese nahm damals den Vorschlag nicht an, aus Furcht, durch den Willen des Volkes ihre Ämter in Media Luna Oriental zu verlieren. Indem sie das Ergebnis von Santa Cruz, das sie als einen Sieg betrachteten, überdimensionierten, bringen sie jetzt großtue- risch den Vorschlag vor, in der Annahme, die Regierung werde ihn nicht akzeptieren.

Doch die Regierung hat ihn nicht nur akzeptiert, sondern der bolivianische Staatschef hat am 12.



Der Präsident der Republik, Evo Morales Ayma, hat das Gesetz über das Abberufungsreferendum des Präsidenten, Vizepräsidenten und der Präfekten unterzeichnet

Mai vom Spiegelsaal des Palacio Quemado aus gemeinsam mit seinem Kabinett das Gesetz über die Abberufung durch Volksmandat bekannt gegeben, wobei er gleichzeitig den transparenten und demokratischen Willen der von der Bewegung zum Sozialismus (MAS) gestellten Regierung zum Ausdruck brachte, den Prozeß von internationalen Organisationen wie der OAS begleiten zu lassen.

"Wenn wir bei dem Abberufungsreferendum von der Stimme des Volkes reden, sind alle internationalen Organisationen willkommen, teilzunehmen und zu kontrollieren, weil jemand, der nichts Böses im Sinn hat, auch vor niemandem Angst hat. Ich stelle es der internationalen Gemeinschaft vollkommen frei, als Beobachter aktiv teilzunehmen, damit es ein sehr transparentes Abberufungsreferendum wird", versicherte Präsident Evo Morales.

Jetzt ist das Nationale Wahlgericht (CNE) an der Reihe, innerhalb von 90 Tagen den Zeitplan abzugleichen, wie es das Gesetz verlangt. Dieses Mal wird die Befragung der Massen legal und verfassungsmäßig stattfinden und nicht wie in Santa Cruz, hinter dem Rücken der höchsten Rechts- und Wahlinstitutionen der Nation und inmitten einer starken und mehrheitlichen internationalen Ablehnung. Zweifellos wird der 10. August sowohl für die einen wie die anderen eine Herausforderung sein.

Für die Opposition, die es ablehnt, sich von einem Indigena regieren zu lassen, der mit seinem

Regierungsprogramm ihre aus Urzeiten übernommenen Privilegien einschränkt, könnte der Schuß, mit dem sie den Schlußpunkt hinter den Befreiungsprozeß setzen wollen, nach hinten losgehen. Es reicht, sie daran zu erinnern, daß ihre venezolanischen Vorbilder ähnliche Absichten zu den Wahlen trieb und jenes Abberufungsreferendum nicht nur siegreich für Präsident Hugo Chávez ausging, sondern auch für die vielen Wünsche und Träume, die im Herzen und den Köpfen der immensen Mehrheit des Volkes des Befreiers fortleben.

Für Präsident Morales, die MAS und alle ihm folgenden Kräfte ist es zweifellos eine Feuerprobe. Vielleicht "Die Mutter aller Schlachten", wie es im internationalen Politjargon heißt.

Jetzt geht es darum, die gerechte Volksmacht erneut zu legitimieren oder den politischen und ökonomischen Kräften der Oligarchie freien Lauf zu lassen, denen es in dem Kampf darum geht, sich ihre Privilegien nicht nehmen zu lassen.

Damit es soweit kommt, müßten die Arbeiten an der neuen Verfassung gestoppt werden; die Nationalisierung des Erdöls und Erdgases aufgehoben werden, ebenso die neuen Erdölverträge und die Kontrolle der Naturressourcen des Landes in Funktion der sozialen Gerechtigkeit. Zu Fall gebracht werden müßte auch, das darf man dabei nicht vergessen, der Integrationsprozeß, der auf solidarischen Grundlagen und ohne an Bedingungen gebunden zu sein, auf dem Erdteil vorwärts



schreitet. Es würde bedeuten, daß Bolivien weiterhin am Ende der Länder Lateinamerikas bleibt, untertänig und abhängig, wie das Volk sein Land nicht haben will, das sehr hart gekämpft hat, um die Vergangenheit abzuschütteln.

Damit es soweit kommt, müßte mit der Alphabetisierungskampagne Schluß gemacht werden, müßten die würdige Rente für die alten Menschen und der Gutschein Juancito Pinto, damit die Kinder lernen können und nicht arbeiten müssen, annulliert werden. Müßte das Verhältnis Evos zu den Massen brechen, der nach zwei Regierungsjahren, den gegnerischen Kampagnen zum Trotz, standhaft bleibt.

Viele Dinge stehen auf dem Spiel. Zur Verteidigung dieser Errungenschaften müssen die Bolivianer die Reihen schließen. Die Rechte hat die Erfahrung von Jahrhunderten im Einsatz der Medien, die ihnen zu Diensten stehen; hat die Macht des Geldes, das manchmal dort, wo das Bewußtsein nicht gefestigt ist, Schaden anrichten kann; hat die Unterstützung des bestialischsten aller Imperien, das in seiner Abenddämmerung aggressiver und schamloser denn je werden kann.

Evo und jene, die ihm folgen, haben auf ihrer Seite ein soziales Werk, das zwei Jahre vorher ganz einfach eine Utopie war. Möge die revolutionäre Bescheidenheit nicht ein Hemmschuh sein. all die Errungenschaften und die gemachten Anstrengungen ans Tageslicht zu bringen, denn sie werden letzten Endes die Schlacht gewinnen. •

Daten und Zahlen

• Nach dem Gesetz müssen im Falle des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik im Abberufungsreferendum mehr als 1.544.374 Neinstimmen abgegeben werden, die den mehr als 53,74 Prozent der Stimmen entsprechen, die Evo Morales Ayma und Alvaro García Linera bei den Wahlen am 18. Dezember 2005 erhalten haben.

• Die Frage, die die Bolivianer an den Wahlurnen im Nationalen Abberufungsreferendum zu beantworten haben, ist im Falle des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik folgende: Sind Sie mit der Fortführung der von Präsident Evo Morales Ayma und dem Vizepräsidenten Alvaro García Linera geführten Wandlungsprozesses einverstanden?

• Im Falle der Präfekten der Provinzen ist es notwendig, daß das Ergebnis des Referendums für das Nein ebenfalls die Stimmen und die Prozentsätze, die bei den letzten Wahlen erreicht worden sind, mindestens um eine Stimme übertrifft.

• Die Frage, die die Bolivianer im Falle der Präfekten an den Wahlurnen beantworten müssen, ist folgende: Sind Sie mit der Fortführung der Politik, der Aktionen und der Arbeit des Präfekten der Provinz einverstanden?

• In der Provinz La Paz muß das Abstimmungsergebnis für das Nein, um den Präfekten José Luis Paredes (Partei Podemos) abzurufen, die Anzahl der 361.055 Stimmen der letzten Wahlen plus mindestens eine Stimme erreichen, das sind 37,98 Prozent.

• In Pando sind zur Abberufung des Präfekten Leopoldo Fernández (ebenfalls von Podemos) mehr als 9.958 Neinstimmen zu erreichen, die 48,032 Prozent entsprechen.

• In Beni müssen zur Abberufung des Präfekten Ernesto Suárez Satori (Podemos) aus seinem Amt mehr als die 46.842 Neinstimmen erreicht werden, mit denen er gewählt wurde, das sind 44,637 Prozent.

• Im Fall von Santa Cruz sind zur Abberufung des Präfekten Rubén Costas (APB) aus seinem Amt mehr als 299.730 Neinstimmen nötig, das sind 47,877 Prozent.

• In Oruro werden zur Abberufung des Präfekten Alberto Aguilar

(MAS) entsprechend den zuvor erhaltenen Stimmen 63.630 Neinstimmen gebraucht, das sind 40,954 Prozent.

• In Potosí war der Präfekt Mario Virreira (MAS) mit 79.710 Stimmen, das sind 40,690 Prozent, gewählt worden. Um ihn aus seinem Amt zu entfernen, müssen die Neinstimmen diese Zahl mindestens um eine Stimme übersteigen.

• In Tarija werden zur Abberufung des Präfekten Mario Cossío, vorher Mitglied der MNR, jetzt in der Gruppe Camino al Cambio (in Richtung Wandel) mehr als die bei seiner Wahl erreichten 64.098 Stimmen gebraucht, das sind 45,646 Prozent.

• In Cochabamba wird der Präfekt Manfred Reyes Villa, ehemaliger Chef der Nueva Fuerza Republicana (NFR), jetzt in der Bürgergruppe Alianza de Unidad Cochabambina (AUC) nur abberufen, wenn die erreichten 246.417 Stimmen, das sind 47,641 Prozent, um eine übertroffen werden.

• Im Fall der Provinz Chuquisaca ist der Präfekt David Sánchez zurückgetreten und kandidiert erneut für das Amt. Der neue Präfekt wird am kommenden 29. Juni gewählt. (Aus: Agencia Boliviana de Información (ABI) •



Unser Amerika



Das Tribunal der Völker verurteilte ethisch und moralisch die in Lateinamerika operierenden transnationalen Unternehmen

Gipfel von Lima beschließt dringend notwendige Maßnahmen zur Nahrungsmittelkrise

LIMA – Die Präsidenten Lateinamerikas, der Karibik und Europas, die sich in Lima an dem 5. Gipfeltreffen der Regionen beteiligten, beschlossen angesichts der internationalen Nahrungsmittelkrise und ihrer Effekte für die betroffenen Länder Sofortmaßnahmen, meldet Notimex.

In der Deklaration von Lima, dem Abschlussdokument des Treffens, sprechen die Staatshäupter von der dringenden Notwendigkeit, "den schwächsten Ländern und den von den hohen Lebensmittelpreisen betroffenen Bevölkerungen" zu helfen.

In dem Dokument wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, "eine dauerhafte Antwort auf die derzeitige Nahrungsmittelkrise zu geben", und dazu seien "koordinierte Aktionen der internationalen Gemeinschaft" notwendig.

Das Thema der Nahrungsmittelkrise stand nicht auf der Agenda des Gipfels, dessen wichtigste Punkte "Armut, Ungleichheit und Integration" sowie "nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie" waren, aber die Teilnehmer einigten sich darauf, das Thema wegen der offensichtlichen Bedeutung trotzdem zu behandeln.

Während der Konferenz erläuterte der venezolanische Präsident Hugo Chávez die Notwendigkeit, einen internationalen Fonds zu schaffen, um die Lieferung von Lebensmitteln zu sichern und effektiv gegen den Hunger kämpfen zu können.

Der Presse gegenüber betonte er, der Fonds sei dringend notwendig, denn der Hunger sei eine Geißel, die viele Lateinamerikaner plagt.

Er versicherte, die Idee zu diesem Fonds sei gemeinsam mit dem Gastgeber, Alan García, entwickelt worden. Er solle dazu dienen, Gelder für die Anschaffung von Maschinen, Sämereien und Technologie zur Nahrungsmittelproduktion bereitzustellen.

Schon vorher hatte der Präsident Boliviens, Evo Morales, vorgeschlagen, den lateinamerikanischen Staaten zinsfreie Kredite zur Anschaffung von knappen Lebensmitteln zu gewähren, deren Preise stark angestiegen seien. "Geben Sie uns zinsfreie Kredite, um Produkte auf dem internationalen Markt kaufen zu können", sagte er.

Der Präsident Ecuadors, Rafael Correa, lehnte

es ab, eine Vereinbarung der Andenstaaten mit der Europäischen Union zu Bedingungen zu akzeptieren, die denen der Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten ähneln.

Correa erläuterte die Ablehnung derartiger Abkommen durch La Paz und Quito, da diese sehr gefährliche Elemente in den Bereichen geistiges Eigentum, staatliche Käufe und Investitionen enthielten, die die Souveränität beeinträchtigen würden.

Er betonte weiterhin, die Unterzeichnung derartiger Abkommen mit den Vereinigten Staaten oder der EU sei unmöglich, solange es von der anderen Seite Behinderungen in der Frage der Migration und der Bewegungsfreiheit für die Menschen gebe, die Teil der Menschenrechte seien.

Fernando Lugo, der neu gewählte Präsident Paraguays, der als Gast an dem Treffen teilnahm, erklärte, er werde gleichberechtigte und faire Beziehungen zu allen Ländern unterhalten, die die Souveränität und Unabhängigkeit seines Landes respektieren.

Seiner Meinung nach müsste das wirtschaftliche System Lateinamerikas verbessert werden. In diesem Zusammenhang lobte er die Bank des Südens, die sich daran beteiligen müsse.

DAS TRIBUNAL DER VÖLKER

LIMA – Das Permanente Tribunal der Völker verurteilte "moralisch und ethisch" die transnationalen europäischen Konzerne, die in Lateinamerika engagiert sind und sich dort verschiedenster Vergehen und Attentate gegen die Menschenrechte schuldig gemacht haben.

Das Gericht, das im Rahmen des parallel zum 5. Gipfel Lateinamerika und die Karibik – EU tagenden Sozialgipfels stattfand, klagte ebenfalls die weltweiten politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, produktiven und juristischen Praktiken des neoliberalen Modells an.

Das Tribunal, unter dem Vorsitz von Francois Houtart, verurteilte die europäischen transnationalen Unternehmen, egal ob in privatem oder staatlichem Besitz, wegen schwerer, eindeutiger und nachhaltiger Verbrechen. •

IN KÜRZE

COPPPAL FORDERT SOFORTIGE FREILASSUNG DER KUBANISCHEN ANTITERRORISTEN

• DIE Ständige Konferenz der Politischen Parteien Lateinamerikas und der Karibik (COPPPAL) forderte die sofortige Freilassung der fünf kubanischen antiterroristischen Kämpfer, die in US-Gefängnissen sitzen. Die Forderung ist Teil der Erklärung von Panama, die auf der Schlußsitzung der 27. Plenartagung der Organisation, der 52 Parteien aus 29 Ländern angehören, beschlossen wurde. (PL)

CHAVEZ UND LUGO BEABSICHTIGEN DIE UNASUR WEITER AUSZUBAUEN

• DER Präsident der Bolivarianischen Republik Venezuela, Hugo Chávez Frías, beglückwünschte den neugewählten Präsidenten von Paraguay, Fernando Lugo, und beide verfolgen die Absicht, die Union der Südamerikanischen Nationen (UNASUR) "auf der Grundlage der Forderung der Geschichte des Kampfes unserer Völker" weiter auszubauen. Beide Präsidenten äußerten den Wunsch, so bald wie möglich zusammenzutreffen, um über die Pläne der Zusammenarbeit zu reden. (ABN)

2000 JAHRE ALTEN FRIEDHOF IN BOGOTA GEFUNDEN

• EINE kolumbianische Baufirma stieß bei Erdbewegungen auf einer Baustelle für Wohnungen bei Bogota auf einen Friedhof, auf dem sich wahrscheinlich mehr als 1.500 Gräber aus der Zeit vor Kolumbus befinden, von denen einige 2.000 Jahre alt sind. "Wir haben eine Ausgrabungsstätte von großen Proportionen vor uns, die sich über mehrere Hektar ausdehnt und uns über die ersten

Jahrhunderte unserer Zeitrechnung bis zum 16. Jahrhundert, der Ankunft der Spanier, Auskunft gibt", erklärte Prof. José Virgilio Becerra. (EFE)

CHILE UND INDIEN VERTIEFEN IHRE HANDELSBEZIEHUNGEN

• PRÄSIDENTIN Michelle Bachelet äußerte, Indien zähle bald zu den wichtigsten Handelspartnern Chiles, und verwies auf die Notwendigkeit, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen. Bachelet erläuterte, es handle sich um den zehntgrößten Markt für die chilenischen Exporte, aber es eröffneten sich große Möglichkeiten, den Warenaustausch zu erhöhen, was in Aussicht stellt, daß das Land bald einer unserer wichtigsten Handelspartner sein wird. (PL)

VENEZUELA SPENDET URUGUAY 100 KLASSENZIMMER

• DAS Ministerium für Soziale Entwicklung (MIDES) von Uruguay erhielt drei von insgesamt hundert Klassenzimmern, die von der Regierung Venezuelas den Schülern gespendet werden, die in kritischen Gegenden des Landes leben. Die Spende wurde in Gegenwart der jubelnden Kinder, die in diesen Klassenzimmern lernen werden, von dem venezolanischen Botschafter in Montevideo, Franklin Gonzalez, der Ministerin des MIDES, Marina Arismendi, übergeben. (PL)

TV MAYA BEGANN IN GUATEMALA SEINE ÜBERTRAGUNGEN

• ZUM ersten Mal in der Geschichte hat Guatemala einen Maya-Fernsehsender, TV Maya, der ermöglicht, die Kultur, die Werte, die Sprachen und die Weltansicht der autochthonen Völker zu verbreiten. TV Maya wurde auf einer Veranstaltung, an der Präsident Alvaro Colom teilnahm, feierlich eröffnet. "Heute ist ein Tag voller Stolz für unser Land, denn es wird der erste Fernsehsender für die Mayas eröffnet, aber auch für die übrigen Völker von Guatemala: die Xincas, Garifunas und Ladinos", sagte Kultusminister Jerónimo Lancero. (PL) •

Ja,

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro 6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise gegen Rechnung Per Bankeinzug

Anschrift Meine Bankverbindung

Name Geldinstitut

Str./INr BLZ

PLZ / Ort Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
 Cupon an: GNN Verlag
 Venloer Str. 440
 (Toskana-Passage)
 50825 Köln
 Tel: 0221-21 1658

Granma
INTERNACIONAL
 Zeitung aus Kuba
 und Lateinamerika

REFLEXIONEN DES GENOSSEN FIDEL

Zwei hungrige Wölfe und ein Rotkäppchen

• Eine Grundidee hat meine Gedankenwelt seit meiner lang zurückliegenden Zeit als utopischer Sozialist beschäftigt. Diese hatte ihren Ausgangspunkt bei Null, einfach ausgehend von den einfachen Vorstellungen von Gut und Böse, welche die Gesellschaft, in der man geboren wird, jedem einflößt, wenn man diese - ganz von Instinkten erfüllt und ohne Wertgefühle - in jeder Gesellschaft und Zeitepoche von den Eltern, besonders den Müttern, vermittelt bekommt.

Da ich keinen politischen Lehrmeister hatte, waren Glück und Zufall untrennbare Bestandteile meines Lebens. Ich erwarb eine Ideologie auf eigene Rechnung, und zwar von dem Augenblick an, zu dem ich eine reale Möglichkeit hatte, die von mir als Kind, Teenager und junger Student erlebten Jahre zu beobachten und zu überdenken. Die Bildung wurde für mich zu einem Instrument schlechthin für eine Veränderung in der mir zu leben zugeordneten Epoche und von der das Überleben unserer zarten Gattung an sich abhängen würde.

Nach einer langjährigen Erfahrung ist das, was ich heute über dieses heikle Thema denke, vollkommen kohärent mit dieser Idee. Ich brauche nicht um Entschuldigung zu bitten, - wie es einige vorziehen - um die Wahrheit zu sagen, selbst wenn diese hart ist.

Vor mehr als zweitausend Jahren hat Demosthenes, berühmter griechischer Redner, auf öffentlichen Plätzen mit Eifer eine Gesellschaft verteidigt, in der 85 Prozent der Menschen Sklaven bzw. Bürger waren, die weder Gleichheit noch Rechte als etwas Natürliches genossen. Die Philosophen teilten diesen Gesichtspunkt. Davon ausgehend entstand das Wort Demokratie. Zu jener Zeit konnte man nicht mehr von ihnen verlangen. Heutzutage, wo man über ein sehr umfangreiches Wissen verfügt, die Produktivkräfte sich unzählige Male vervielfältigt haben und die Botschaften über die Massenmedien für Millionen Menschen ausgearbeitet werden, will die riesige Mehrheit - der traditionellen Politik überdrüssig - nichts von ihr hören. Die an der Öffentlichkeit stehenden Personen genießen keinerlei Vertrauen und das zu einem Zeitpunkt, wo die Völker aufgrund der sie bedrohenden Gefahren dieses am meisten benötigen.

Nach dem Fall der UdSSR hat Francis Fukuyama, US-amerikanischer Staatsbürger japanischer Herkunft, geboren und erzogen in den Vereinigten Staaten und mit akademischem Abschluss an einer dortigen Universität, sein Buch Das Ende der Geschichte und der letzte Mensch geschrieben, das sicherlich viele kennen, da von den Führungskräften des Imperiums sehr dafür geworben wurde. Er war zu einem Falken des Neokonservatismus und Befürworter des Einheitsdenkens geworden.

Seiner Meinung nach würde eine einzige Klasse übrig bleiben, die US-amerikanische Mittelschicht; alle anderen - denke ich - würden wir dazu verurteilt sein, Bettler zu sein. Fukuya-



Der Gastgeber des Gipfels von Lima "war nahe daran, die Europäer aus dem Häuschen zu bringen, als er einige der von Kuba vorgelegten Punkte bei der Abschlussveranstaltung nannte", kommentiert Fidel und zitiert: Erlassung der Auslandsschulden Lateinamerikas und der Karibik; jährliche Investitionen von 10 Prozent der Ausgaben für militärische Zwecke in Ländern der Dritten Welt; Aufhebung der enormen Subventionen für die Landwirtschaft, die mit der Landwirtschaftsproduktion unserer Länder konkurrieren; Zuweisung des Lateinamerika und der Karibik entsprechenden Teils der Verpflichtung von den 0,7% des BIP an diese Länder

ma war entschlossener Befürworter des Krieges gegen den Irak, genau so wie Vizepräsident Cheney und seine erlesene Gruppe. Für ihn endet die Geschichte dort, wo Marx "das Ende der Vorgeschichte" sah.

Zur Eröffnungszereemonie des am vergangenen 15. Mai in Peru veranstalteten Gipfels Lateinamerika und die Karibik- Europäische Union wurde auf Englisch, Deutsch und in anderen europäischen Sprachen gesprochen, ohne dass die wichtigsten Teile der Reden von den Fernsehanstalten ins Spanische bzw. Portugiesische übersetzt wurden, als ob in Mexiko, Brasilien, Peru, Ecuador und anderen Ländern die Indios, Schwarzen, Mestizen und Weißen - über 550 Millionen Menschen, davon der größte Teil arm - Englisch, Deutsch oder eine andere ausländische Sprache sprechen würden.

Jedoch wird jetzt die große Versammlung von Lima und ihre Abschlusserklärung lobend genannt. Dort wurde unter anderem zu verstehen gegeben, dass die Waffen, die ein vom Imperium mit dem Genozid bedrohtes Land erwirbt, wie es Kuba seit vielen Jahren ist und jetzt Venezuela, sich ethisch nicht von denen unterscheiden, welche die Kräfte der Repressionsgewalt zur Unterdrückung des Volkes und zur Verteidigung der Interessen der Oligarchie, die Verbündete jenes Imperiums ist, verwenden. Man kann nicht die Nation in eine Ware verwandeln und noch weniger die Gegenwart und Zukunft der neuen Generationen aufs Spiel setzen.

Die 4. Flotte, als Interventionskraft und drohende Macht, wird natürlich in den Reden nicht erwähnt, die von jenem Treffen im Fernsehen übertragen wurden. Eines der dort vertretenen lateinamerikanischen Länder hat gerade gemeinsame Manöver mit einem US-Flugzeugträger Nimitz durchgeführt, der mit aller Art Waf-

fen zur Massenvernichtung bestückt ist.

In jenem Land haben vor wenigen Jahren die Repressionskräfte mehrere Zehntausend Menschen verschwinden lassen, gefoltert und ermordet. Die Nachkommen der Opfer wurden durch die Verteidiger der Besitztümer der besonders Reichen enteignet. Seine wichtigsten militärischen Führungskräfte haben mit dem Imperium bei seinen schmutzigen Machenschaften kollaboriert. Sie haben auf diesen Bund vertraut. Warum sollte man erneut in dieselbe Falle gehen? Obwohl die Schlussfolgerung, auf welches Land angespielt wird, einfach ist, möchte ich es nicht nennen, um nicht eine Brudemation zu verletzen.

Jenes Europa, welches bei dieser Zusammenkunft den Ton angab, ist dasselbe, das den Krieg gegen Serbien befürwortet hat, die Eroberung des Erdöls von Irak durch die Vereinigten Staaten, die religiösen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, die geheimen Gefängnisse und Flugzeuglandungen und die Pläne von schrecklichen Folterungen und Ermordungen, die von Bush ausgeheckt wurden.

Jenes Europa stimmt mit den Vereinigten Staaten bei den exterritorialen Gesetzen überein, wobei es die Souveränität ihrer eigenen Gebiete verletzt, verstärkt die Blockade gegen Kuba, indem es den Technologietransfer, die Lieferung von Teilen und sogar von Arzneimitteln an unser Land behindert. Seine Medien verbinden sich mit der Medienmacht des Imperiums.

Was ich während des ersten Treffens zwischen Lateinamerika und Europa vor neun Jahren in Rio de Janeiro gesagt habe, behält seine volle Gültigkeit. Nichts hat sich seit damals verändert, ausgenommen die objektiven Voraussetzungen, welche die unmenschliche kapitalistische Ausbeutung noch unhaltbarer machen. Der Gastgeber des Treffens war nahe daran,

die Europäer aus dem Häuschen zu bringen, als er einige der von Kuba vorgelegten Punkte bei der Abschlussveranstaltung nannte:

1. Erlassung der Auslandsschuld von Lateinamerika und der Karibik;
2. Investment in Ländern der Dritten Welt von 10 Prozent der Ausgaben für militärische Zwecke;
3. Aufhebung der enormen Subventionen für die Landwirtschaft, die mit der Landwirtschaftsproduktion unserer Länder konkurrieren;
4. Zuweisung des Lateinamerika und der Karibik entsprechenden Teils der Verpflichtung von den 0,7% des BIP an diese Länder.

Den Gesichtern und Blicken nach zu urteilen konnte ich beobachten, dass die führenden europäischen Persönlichkeiten einige Sekunden lang schockiert waren. Aber, warum sollte man verbittert werden? In Spanien wird es noch einfacher sein, mitreißende Reden und wunderbare Schlusskommuniqués zu halten. Es war hart gearbeitet worden. Das Festessen war serviert. Auf dem Tisch würde keine Nahrungsmittelkrise zu sehen sein. Die Proteine und die Liköre würden reichlich vorhanden sein. Es fehlte nur Bush, der unermüdlich für den Frieden im Mittleren Osten arbeitete, wie er es für gewöhnlich tut. Er war entschuldigt. Es lebe der Markt!

Der bei den reichen Vertretern von Europa vorherrschende Geist war die ethnische und politische Überlegenheit. Sie waren alle Träger der bürgerlichen kapitalistischen und nur auf den Konsum ausgerichteten Denkweise und sprachen und applaudierten in deren Namen. Viele von ihnen hatten die Unternehmer mitgebracht, welche die Stütze und das Fundament "ihrer demokratischen Systeme, Bürger der Freiheit und der Menschenrechte" sind. Man muss Experte in Physik der Wolken sein, um sie zu verstehen.

Zurzeit stehen die Vereinigten Staaten und Europa wegen dem Erdöl, den wichtigsten Rohstoffen und den Märkten im Wettbewerb zu- und gegeneinander. Hierzu kommt jetzt noch der Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus und das organisierte Verbrechen, die sie mit den alles verzehrenden und unersättlichen Konsumgesellschaften selber geschaffen haben. Zwei hungrige Wölfe als gute Großmütter verkleidet und ein Rotkäppchen.

Fidel Castro Ruz
18. Mai 2008
22:32 Uhr

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI) •



Fünf kubanische Patrioten verbüßen lange Haftstrafen in den Vereinigten Staaten, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben. Mehr Informationen dazu unter: www.granma.cu, www.granma.cubaweb.cu, www.freethefive.org, www.antiterroristas.cu

NEHMEN SIE VERBINDUNG ZU DEN FÜNF HELDEN AUF

ANTONIO GUERRERO RODRIGUEZ
No 58741-004
U.S.P. Florence
P.O. Box 7000
Florence CO 81226

FERNANDO GONZALEZ LLORT (RUBEN CAMPA)
No 58733-004
FCI Terre Haute
P.O. Box 33
Terre Haute, IN 47808

GERARDO HERNANDEZ NORDELO (MANUEL VIRAMONTES)
No 58739-004
U.S.P. Victorville
P.O. Box 5500
Adelanto, CA 92301

RAMON LABANINO SALAZAR (LUIS MEDINA)
REG. No. 58734-004
USP McCreary
P. O. Box 3000
Pine Knot, KY 42635

RENE GONZALEZ SEHWERERT
No 58738-004
FCI Marianna
P.O. Box 7007
Marianna, FL 32447-7007